

(Präsident Schmidt)

- (A) Wir stimmen sodann über die Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den Haushalts- und Finanzausschuß ab. Wer ist für die Rücküberweisung? - Danke sehr. Bitte die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine! Einstimmig Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen.

Ich rufe Nummer 6 auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/815 und eröffne die Beratung. Wir werden zunächst den Bereich Stadtentwicklung, danach den Bereich Kultur und dann den Bereich Sport ansprechen.

Zum ersten Komplex

a) Stadtentwicklung

- (B) darf ich für die Fraktion der CDU dem Kollegen Zellnig das Wort erteilen. Bitte sehr.

Siegfried Zellnig (CDU)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Vorbemerkung machen, bei der ich sicher den ungeteilten Beifall des Hauses finde: Zehn Minuten werde ich nicht ausschöpfen.

Die zweite Bemerkung, die ich hinzufügen darf, ist die, daß wir uns heute, nachdem wir das Thema Wohnungsbau gestern intensiver diskutieren mußten, beim Thema Städtebau etwas kürzer fassen können. Das hängt nicht damit zusammen, daß wir dem, was wir in diesem Bereich nun vorfinden, uneingeschränkt zustimmen; aber wir tun dies auch, und wir gehen ja viele Wege in diesem Bereich ebenfalls mit Ihnen zusammen.

Bevor gleich wieder das große Lied darüber angestimmt wird, was der Bund und was das Land tun, will ich das von mir aus sofort aufgreifen. Ich erkenne sehr an, daß das Land bei der Städtebauförderung geblieben ist, dies auch zu einem Zeitpunkt, als der Bund wegen seiner finanziellen Gegebenheiten und insbesondere der Zuwendung zu den neuen Bundesländern sich aus diesem Bereich zurückziehen mußte. Ich füge hinzu, daß

dies auf Dauer sicher kein Zustand sein wird. Auch der Bund wird sich dann, wenn es hoffentlich wieder einmal eine bessere finanzielle Situation geben wird, diesem Thema erneut widmen müssen. (C)

Hinzufügen will ich aber auch diese Anmerkung. Wir haben sehr viele Ankündigungen in diesem Bereich, darunter sicher auch Gutes und Bedenkenswertes; aber wir warten jetzt auf die Konkretisierung. Sie wird sicherlich auch kommen. Das werden wir im Ausschuß miterleben. Aber zum jetzigen Zeitpunkt können wir das jedenfalls noch nicht beurteilen.

Wogegen wir uns uneingeschränkt immer wieder wenden, das ist die Struktur des Ministeriums. Gestern habe ich im Zusammenhang mit dem Thema Wohnungsbau angeführt, daß es schon vor fünf Jahren Unsinn gewesen sei, den Wohnungsbau vom Städtebau zu trennen. Städtebau und Wohnungsbau gehören zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Anderes kann man auch niemandem in der Fachwelt klarmachen. Weil es zusammengehört, gibt es natürlich in diesen Bereichen stets einen erhöhten Koordinierungsbedarf. Die beiden Ministerien müssen ja das, was zusammengehört, dann irgendwo zusammenführen, und das nennen wir dann Aufbau von Bürokratie. Wir halten das nach wie vor für falsch. (D)

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Die müssen untergebracht werden!)

- Mein Kollege Uhlenberg sagt gerade, es müßten alle untergebracht werden. Das wird mit Sicherheit auch eine Rolle spielen.

Wenn dann aus diesem Ministerium der Verkehr wesentlich, nämlich bis auf den Bereich Stadtverkehr, in das Wirtschaftsministerium übergegangen ist, und wenn jetzt die Bereiche Kultur und Sport noch hinzukommen, dann werden Sie, Frau Ministerin Brusis, sozusagen ein lebendiges Koordinationsgremium in Person sein müssen; denn Sie müssen jetzt nicht nur den Wohnungsbau mit dem Städtebau zusammenführen, sondern Sie müssen dies auch noch hinsichtlich des Verkehrs tun, müssen es mit der Kultur und mit dem Sport tun.

Das große Bedenken, das wir generell zur Struktur des Ministeriums haben, wird hierdurch natürlich verstärkt. Wir bezweifeln sehr, daß außer dem Versuch der Koordination und der vielfältigen Untersuchungen, die Sie anstellen wollen, an praktischer Politik - zumindest zeitversetzt - noch

(Zellnig [CDU])

(A) etwas herauskommen kann. Aber Sie können uns ja in der Zukunft eines Besseren belehren.

Es gibt eine Reihe von Ankündigungen, so zum Beispiel die, daß Sie Zukunft für eine urbane Stadt fordern. Wir stimmen dem zu und sind sehr gespannt, wann das mit Inhalt ausgefüllt wird.

Mit großer Besorgnis sehen wir die Baulandfrage. Hier ist eine Baulandinitiative angekündigt. Wir haben jetzt immerhin acht Monate nach der letzten Landtagswahl. Wir hoffen sehr, daß das bald konkretisiert wird; denn für den Wohnungsbau gilt uneingeschränkt: Eines der Hauptprobleme, das insbesondere auch für den sozialen Wohnungsbau besteht, ist, daß nicht ausreichend preiswertes Wohnland zur Verfügung steht. Ich appelliere dringend an Sie, diese angekündigte Baulandinitiative nunmehr auch zu starten; denn das ist dringend erforderlich. Wir wissen aus dem Bereich des Wohnungsbaus: Wenn Kommunen Land zur Verfügung stellen und dieses Land teurer ist als etwa 200 DM für den Quadratmeter, dann ist der soziale Wohnungsbau mit einem solch erhöhten Preis überhaupt nicht darstellbar. Es kommt aber sehr stark auf ein vermehrtes Baulandangebot an, damit dies auch preisregulierend wirkt.

(B) Ich will sofort anerkennen, daß Sie mit einer Reihe von Maßnahmen, insbesondere auch städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen, verschiedene Kommunen unterstützt haben und daß das sicherlich dort auch Erfolge zeitigt; aber ich appelliere dringend an Sie: Die Baulandfrage wird nur durch eine Vielzahl von Maßnahmen nachhaltig angepackt werden können. Das Bisherige reicht nicht. Insbesondere müssen Sie eine Bestandsaufnahme machen.

Sie kündigen an, daß Sie sich insbesondere den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf zuwenden wollen. Ich füge hinzu: Wir begrüßen außerordentlich, daß Sie das tun wollen. Wir hoffen nur, daß Sie sich jetzt nicht auf Stadtteile konzentrieren, die städtebaulich - ich will es einmal vorsichtig ausdrücken - nicht so gelungen gewesen sind. Dafür steht ja leider immer - die Kölner Abgeordneten mögen mir das verzeihen - Köln-Chorweiler. Ich sähe gern, daß Sie sich auch der Frage der Ortsteile und der Kerne in Ortsteilen zuwenden. Denn die Menschen erleben nicht nur ihre zentrale Stadt, ihre Kernstadt, sondern suchen ja auch Heimat in ihren jeweiligen Ortsteilen. Das, was es früher einmal als Programm gab, nämlich sich den Ortsteilen zuzuwenden, sollten Sie bei diesem Programm jedenfalls nicht vergessen.

(C) Die letzte Anmerkung! Es ist ein Städtebauprogramm angekündigt. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, daß Sie den Haushalt abwarten wollen und dann die Einzelmaßnahmen verkünden. Im Wohnungsbau ist das ja etwas anders geschehen; da hören wir das eher. Wir sind also sehr darauf gespannt, wie Sie das, was Sie in Ankündigungen genannt haben, in Einzelmaßnahmen umsetzen. Dann können wir uns auch so richtig schön mit Ihnen auseinandersetzen.

Wir bleiben per saldo dabei: Die Konstruktion, die jetzt zu einem Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport geführt hat, halten wir sachlich-fachlich für falsch. Ich will es einmal so vornehm hier beenden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Zellnig. - Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Retz.

Adolf Retz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim Thema "Stadtentwicklung" gibt es meines Erachtens querbeet im gesamten Landtag eine ganz gute Basis, was die Ziele betrifft. Den dauernden Streit, ob unsere Ministerien nun richtig zugeschnitten sind, ertragen wir natürlich gern. Trotzdem bin ich der Meinung, daß gerade mit dem neugebildeten Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport eine Querschnittsaufgabe formuliert wurde, die fast 80 % des menschlichen Umfeldes in unseren Städten und Gemeinden betrifft. Insofern macht es schon Sinn, dies in einer Querschnittsaufgabe und in einem Ministerium zu organisieren.

(D) Die Zusammenfassung von Wohnen, Arbeit, Kultur und Sport in unseren Städten und Gemeinden ist die zentrale Aufgabe für die Gesellschafts- und Strukturpolitik und auch für die Funktionsfähigkeit in unserem Lande. Insofern ist das Ministerium in dem Zuschnitt meiner Meinung nach eine Chance für unsere Bevölkerung, für unsere Städte, für unsere Regionen, dies zusammenzubringen.

Der Einzelplan 15 - Stadtentwicklung und Stadterneuerung - bleibt daher eine unverzichtbare Aufgabe für den ökologischen und ökonomischen Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen. Ich sage ausdrücklich: Bei knappen finanziellen Mitteln müssen wir diese noch zielgenauer einsetzen, die Städtebauprojekte als Teil der Strukturpolitik besonders herauskehren und besonders darstellen.

(Retz [SPD])

- (A) Hierzu zählt als erstes der Grundstücksfonds mit der Baulandinitiative von Nordrhein-Westfalen, ein ganz wichtiger Ansatz, der uns sowohl in der Wohnungsbaupolitik als auch in der Gewerbeflächenerschließung ein besonderes Anliegen ist. Der Grundstücksfonds ist das zentrale Instrument, Gewerbe-, Industrie- und Verkehrsbranchen zu reaktivieren, ein Thema, das wir in den letzten Jahren sehr erfolgreich bewältigt haben.

Ich will nur einige Zahlen dazu nennen: Seit 1980 wurden insgesamt 2 250 Hektar angekauft und mittlerweile eine ganz stattliche Zahl erschlossen und aufgebracht. In der Zwischenzeit sind 800 Hektar dieser Flächen wieder veräußert und einer neuen Nutzung zugeführt. Hier sieht man ganz deutlich, daß wir mit dem Grundstücksfonds auf dem richtigen Weg sind.

Die Reaktivierung von Gewerbe- und Industriebranchen wird im Einzelplan 15 und im Einzelplan 20 einschließlich der Rückflüsse mit insgesamt 120 Millionen DM fortgeführt. Das ist ein stattlicher Betrag, der uns strukturell weiterhilft.

- (B) Für die Weiterführung des Stadterneuerungsprogramms steht nun ein Volumen von 330 Millionen DM zur Verfügung. Herr Zellnig, ich will es nicht verhehlen: Es bleiben wirklich nur noch 20 Millionen DM Bundesanteil. Aber der Anteil, den wir in unserem Ministerium als Landesmittel eingebracht haben, läßt einen gewissen Spielraum, zumal wir in einem Ergänzungsantrag noch einmal 30 Millionen DM Barmittel in den Haushalt eingebracht haben. Damit sollen die Gemeinden vor einer Vorfinanzierung wichtiger städtebaulicher Maßnahmen geschützt werden, das heißt, die Gemeinden brauchen nicht vorzufinanzieren, sondern wir können unser Programm auch mit Barmitteln fortsetzen.

Besondere Bedeutung kommt den Konversionsstandorten zu, für die eine attraktive zivile Folgenutzung besonders wichtig ist. Für Wohnungsbau, Industrie und Gewerbeansiedlung bieten sich hier einige Standorte mit besonders guten Voraussetzungen an, die auch städtebaulich sehr schöne Möglichkeiten eröffnen.

Als zukunftsweisende Aktivitäten wollen wir besonders mit unseren Kommunen die vitale Stadt und das Konzept der Stadtlogistik anpacken. Hierzu zählen die Erhöhung der Verkehrssicherheit, umweltschonende Verkehrsführung, Verkehrsberuhigung und - was mir besonders am Herzen liegt, was wir ganz neu angehen wollen - die in-

telligenten Steuersysteme für den ÖPNV und auch für den Gütertransport in unseren Städten und Gemeinden. Moderne Technik und neue Technologien in der Steuerung und in der Datenfunktechnik können wohl einen ganz erheblichen Beitrag dazu leisten.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der Ausbau attraktiver Rad- und Fußwege sowie die Vernetzung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur in den neuen Siedlungsstrukturen. Das ist etwas, was wir jetzt anpacken können und auch in den städtebaulichen Maßnahmen voranbringen wollen.

Wir müssen aber auch feststellen, daß in einigen Ballungszentren in einigen Stadtteilen die Gefahr des sozialen Abgleitens gegeben ist. Wir möchten das mit Städtebauförderungsmitteln verhindern. Herr Zellnig hat eben schon angesprochen, daß es gerade aus den 60er und 70er Jahren einige "architektonische Glanzleistungen" gibt, die sicherlich zu Handlungen zwingen. Die besonderen Probleme sind gerade jetzt durch die zusätzliche Arbeitslosigkeit und den Mangel an Ausbildungsplätzen in eine schwierige soziale Struktur gerutscht. Hier müssen wir eingreifen und helfen.

Mit dem ressortübergreifenden Förderprogramm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" soll gerade das soziale Gleichgewicht in diesen Stadtteilen wiederhergestellt werden. Hierzu sind integrierte Handlungskonzepte erforderlich, die aus allen Förderungsmöglichkeiten der einzelnen Ressorts über das Ministerium für Stadtentwicklung eingesetzt, gebündelt und organisiert werden sollen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Internationale Bauausstellung. Hier soll in diesem Jahr weiter mit 60 Millionen DM Städtebauförderungsmitteln gefördert werden, um damit die IBA-Projekte mit anderen Förderprogrammen zu verknüpfen und die Weiterführung begonnener Maßnahmen auszufinanzieren. Hierfür werden wir insgesamt erhebliche Mittel zur Verfügung stellen, damit 1999 auch die Abschlußpräsentation gelingt.

Auch hierzu muß beklagt werden, was ich eben schon sagte, daß wir allein auf unsere eigenen Finanzmittel gestellt sind. Die Bundesmittel sind nur noch marginaler Art.

Städtebaupolitik bleibt ein wichtiger Teil der Strukturpolitik des Landes. Bei der Städtebaupolitik gilt das Prinzip der Kontinuität. Städtebaustruktur- und Städtebaupolitik kann nicht ein Tagesgeschäft sein, sondern muß über

(C)

(D)

(Retz [SPD])

(A) viele Jahre kontinuierlich begleitet werden. Dies schließt nicht aus, daß wir eine ganze Reihe neuer Akzente setzen und auch zukünftig setzen werden. Ich will diese noch einmal besonders betonen: zielgenauer Einsatz der knappen Mittel, ein Beitrag zur weiteren Verbesserung der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden und letzten Endes die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Die soziale und kulturelle Stabilität der Städte, Gemeinden und Regionen des Landes bleibt eine zentrale Aufgabe auch der Städtebaupolitik. Der Prozeß der ökologischen Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik soll daher weiter vorangebracht werden.

Ich glaube, wir sind mit diesem neuen Ministerium und mit dem Einzelplan 15 auf einem guten Weg. Wir werden im Laufe des Jahres viele interessante Projekte auf den Weg bringen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Retz. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Tarner das Wort.

(B) **Hedwig Tarner (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch der erste rot-grüne Haushalt im Bereich des Städtebaus spiegelt unsere gemeinsamen Zielvorstellungen wider. In der Stadtentwicklung wird der Ansatz fortgesetzt, eine ökologische Stadtentwicklung mit einem ökonomischen Strukturwandel, sozialen Aspekten sowie beschäftigungspolitischen und kulturellen Initiativen zu verbinden. Das ökologische Bauen und die Energiesparinitiativen des Baubereiches bringen die Politik in der Stadtentwicklung zu einem umweltgerechten Ganzen.

Ziel der Stadtentwicklungspolitik muß die Stadt der kurzen Wege sein, also zum Beispiel die Förderung von funktionsgemischten Quartieren als ein Beitrag, damit die Arbeitsplätze wieder näher zu den Menschen kommen.

Die größte Herausforderung für die Stadtentwicklungspolitik der nächsten Jahre ist die Bedrohung der Innenstädte und Stadtteilzentren durch immer neue Verbrauchermärkte auf der grünen Wiese. Damit die finanzielle Förderung von Maßnahmen der Stadtentwicklung tatsächlich zu lebensfähigen und lebenswerten Städten führt, muß diesem Trend noch energischer Einhalt geboten werden.

(C) Auch die Planung von großflächigen Freizeitanlagen und die Ausweitung von Gewerbeflächen müssen künftig stärker regional koordiniert und auf die Stadtentwicklung abgestimmt werden.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen leiden unter den Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr. Verständlicherweise will jeder Mensch mobil sein, aber die Verkehrsbelastung, unter der die Menschen heute leiden, ist ein zu hoher Preis dafür. Deshalb stellt der Haushalt im Bereich der Stadtentwicklung Mittel zur Verfügung, um eine Verkehrswende in den Städten einzuleiten. Hierzu seien einige Schwerpunkte genannt:

Eine deutliche Vorrangstellung in der Förderung hat die Nutzung von Baulandpotentialen an bestehenden bzw. geplanten schienengebundenen ÖPNV-Systemen. Die zukünftigen Bewohnerinnen haben eine Alternative zum Auto direkt in ihrem Quartier. Das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr wird attraktiver, und auf Dauer wird die Zwangsmotorisierung geringer. Das Stadtbild wird wieder durch Menschen belebt und nicht durch unzählige Blechbüchsen. Wir verknüpfen nämlich mit dieser Fördervoraussetzung die Erwartung, daß der motorisierte Individualverkehr und die Zahl der zugelassenen Autos an diesen ÖPNV-Standorten zurückgehen wird.

(D) Für den Radverkehr wird mit dem Programm der 100 Fahrradstationen endlich das Bindeglied zur Eisenbahn geschaffen und attraktiv ausgestaltet. Die Einrichtung der Mobilitätsberatung und Mobilitätszentralen im Zusammenhang mit der Errichtung von Fahrradstationen wird gefördert. Die Aufgabe dieser Zentralen ist es, die Mobilitätsbedürfnisse zu koordinieren und Alternativen zum eigenen, alleingenuzten Auto aufzuzeigen.

Damit die Innenstädte auch vom Anlieferverkehr entlastet werden, wird die City-Logistik gefördert. Es werden mit der Wirtschaft gemeinsame Strategien zum Bereich des innerstädtischen Güterverkehrs entwickelt. In das Modellprojekt wurden zunächst 20 Städte aufgenommen. Zu diesen Städten zählen nicht nur Großstädte in Ballungsräumen, sondern auch Mittelstädte im ländlichen Raum, zum Beispiel Gütersloh und Rheine.

Der enge finanzielle Spielraum macht es erforderlich, die Mittel gezielter einzusetzen. Stärker als in der Vergangenheit müssen deshalb die Projekte bei der Beantragung kritisch begutachtet werden. Sinnvoll ist es, auch im nachhinein zu prüfen, ob die vorgegebenen Zielsetzungen erreicht wurden.

(Tarner [GRÜNE])

- (A) Diese Evaluierung der Maßnahmen könnte meiner Ansicht nach dem ILS übertragen werden.

Ich finde, dieser Haushaltsansatz ist eine gute Basis für eine künftige gemeinsame Zusammenarbeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Frau Tarner. - Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Frau Brusis, das Wort.

Ilse Brusis, Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Sehr geehrter Herr Zellnig, Sie haben noch einmal den Zuschnitt meines Hauses thematisiert. Dazu stelle ich fest, daß Sie offensichtlich Stadtentwicklungspolitik einseitig auf Flächenpolitik für den Wohnungsbau verkürzen. Das ist Stadtentwicklungspolitik aber nicht allein. Aus Ihrem Beitrag ist deutlich geworden, daß Sie wohl auch nicht wissen, was sich im Lande an Stadtentwicklungspolitik tut. Das haben Sie bisher anscheinend nicht zur Kenntnis genommen; denn Sie haben hier nur über Flächenpolitik im Zusammenhang mit Wohnungsbau geredet.

(B)

Die gemeinsamen Leistungen des Landes und der Kommunen in der Stadtentwicklung und Stadterneuerung haben in den letzten Jahren entscheidend zum erfolgreichen ökonomischen und ökologischen Strukturwandel in unserem Lande beigetragen. Wir haben gerade mit Hilfe der Städtebauförderung eine Infrastruktur geschaffen, die den Bürgern und Bürgerinnen soziale und kulturelle Lebensqualität bringt und die die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen sichert.

Die Städtebaupolitik der Landesregierung führt in weiten Bereichen die bewährte Politik der letzten Jahre fort, aber sie setzt für diese Legislaturperiode auch deutlich neue Akzente. Wenn der Landtag den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN annimmt, was ich sehr begrüßen würde, dann werden im Jahre 1996 für die Städtebauförderung 30 Millionen DM mehr an Barmitteln zur Verfügung stehen. Ich hoffe, daß uns das hilft, viele wichtige Projekte weiter zu finanzieren und neue Projekte zu beginnen.

(C) Es geht um die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen im Lande durch Umnutzung funktionslos gewordener denkmalwerter und stadtbildprägender Gebäude, die örtliche und stadtteilbezogene Defizite an Kultur-, Freizeit- und Kommunikationsangeboten abbauen können. Es geht darum, neben wohnungsnahen Freizeit-, Spiel- und Erholungsmöglichkeiten öffentliche landschaftsgebundene Freizeitanlagen und Erholungsflächen zum Wandern und Radfahren zu fördern. Aber es geht auch - das unterstreiche ich noch einmal ganz deutlich - um die qualitative Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen.

Dabei spielt die Frage eine Rolle, wie wir die Erreichbarkeit und Sicherung der Mobilität der Wirtschaftsverkehre in der Stadt sicherstellen können. Hierzu haben wir - und das ist keine Ankündigung, Herr Zellnig, das wissen Sie aber; denn ich habe im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen in Ihrer Anwesenheit darüber berichtet - Ende des vergangenen Jahres das Projekt Citylogistik begonnen, nicht angekündigt, sondern begonnen, Herr Zellnig.

(D) Es geht um die Aufbereitung und Erschließung von Flächen für zukunftssichere Arbeitsplätze. Dabei steht die Wiedernutzung von industriellen Brachflächen für neue Gewerbeflächen im Vordergrund. Dabei spielt - Herr Retz hat ihn schon angesprochen - der Grundstücksfonds als zentrales Instrument des Landes eine wichtige Rolle. Aber neben dem Grundstücksfonds werden auch ganz gezielt Städtebaufördermittel eingesetzt. Wir werden im Städtebauförderungsprogramm des Landes für 1996 auch hierzu wieder Maßnahmen vorsehen. Die Mittel sollen in den nächsten Jahren verstärkt auf Brachflächen konzentriert werden; denn es geht nicht an, daß wir Brachflächen einfach liegenlassen und neue Flächen auf der grünen Wiese entwickeln und bebauen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Eine ganz besondere Bedeutung werden, wie ich denke, in Zukunft die Förderinstrumente des kleinteiligen Flächenrecyclings und der Standortsicherung haben, die vor allen Dingen mittelständische Unternehmen und das Handwerk bei der Aufgabe unterstützen sollen, Unternehmensstandorte in integrierten und nachfragenahen Lagen abzusichern oder neu zu schaffen.

Ich nehme an, meine Herren und Damen von der CDU-Fraktion, daß damit deutlich geworden ist,

(Ministerin Brusis)

(A) daß dieses Ministerium nicht nur etwas mit der Wohnungsbaupolitik zu tun hat. Es hat vielmehr auch ganz viele Schnittstellen mit dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium. Ich denke, es war wichtig, darauf noch einmal hinzuweisen, damit wir die Städtebaupolitik nicht verkürzt diskutieren.

Ich bin sehr froh, daß wir gerade mit unseren Mitteln, die wir für die Städtebauförderung zur Verfügung haben, ganz entscheidende Impulse und Anstöße zur Arbeitsplatzschaffung und zur Arbeitsplatzsicherung geben könne. Jede Mark, die wir über die Städtebauförderung den Kommunen zur Verfügung stellen können, wird durch 8 DM privater Investitionen ergänzt. Die Bundesregierung rechnet sogar noch mit einem höheren Multiplikationsfaktor; das will ich nicht tun. Wir gründen auf den Erfahrungswerten, die wir in bezug auf unser Land haben, und diese ergeben 8 DM privater Investitionen für jede Mark Städtebauförderung. Ich denke, es ist wichtig zu wissen, daß dieses Geld gut angelegt ist und sich amortisiert.

(B) Ich bin auch sehr froh, daß wir mit all den vielen Maßnahmen, die wir in der Städtebauförderung betreiben, auch ein breites Spektrum an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung stellen können, und zwar auch für Menschen, die schon längere Zeit arbeitslos sind, und ebenfalls für nicht qualifizierte Jugendliche. Seit 1988 kombinieren wir Städtebauförderung in vielen Fällen mit Mitteln der Arbeitsverwaltung, um so Langzeitarbeitslose über eine ABM-Beschäftigung wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu überführen. Allein zwischen 1988 und 1994 haben wir 104 Projekte der Stadterneuerung und der Denkmalpflege mit mehr als 100 Millionen DM gefördert und dies mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gekoppelt. Dadurch konnten mehr als 3 100 Arbeitslose wieder in Beschäftigung gebracht und qualifiziert werden.

Das herausragendste Beispiel der Städtebaupolitik des Landes ist zweifellos die Internationale Bauausstellung Emscher-Park. Hier wird beispielhaft deutlich, was Städtebaupolitik leisten kann. Dies ist das herausragende und weltweit beachtete Projekt einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

(Peter Budschun [SPD]: Eine Sternstunde der Landesregierung!)

Ich bin sehr froh, daß wir unsere Städtebaufördermittel für die nächsten Jahre auch dafür weiter einsetzen können. Wir haben für 1999 die

Schlußpräsentation vorgesehen. Die Projekte, die begonnen und geplant sind, werden ausfinanziert werden. (C)

Ein letztes Wort zu den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Ich glaube, die soziale und kulturelle Stabilität unserer Städte und Gemeinden und der Regionen unseres Landes muß uns ein besonderes Anliegen sein. Wir haben Stadtteile im Lande, die in besonderer Weise durch Arbeitslosigkeit, durch Armut und durch Überalterung betroffen sind. Dort müssen wir dringend etwas tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber auch hier sage ich und wende mich noch einmal an Sie, Herr Kollege Zellnig: Sie kennen offensichtlich das Land nicht, wenn Sie sagen: Da haben Sie etwas angekündigt. - Sie wissen offensichtlich nicht, daß in vielen dieser Stadtteile die Arbeit längst begonnen ist und wir gute Erfolge mit dieser Maßnahme, die wir dort betreiben, haben. Von daher würde ich Sie gern einmal einladen, mich zu begleiten, wenn wir solche Stadtteile besuchen, um uns anzusehen, was wir dort mit den Mitteln der Städtebauförderung, aber auch mit den Fördermitteln anderer Ressorts - die müssen wir nämlich bündeln, um in diesen Stadtteilen etwas bewirken zu können - in der letzten Zeit haben erreichen können. (D)

Es ist dringend notwendig, daß wir die Sozialstruktur dieser Stadtteile stabilisieren. Und da geht es nicht nur um die Stadtteile, die mit etwas problematischer Architektur in den 60er und 70er Jahren errichtet worden sind, sondern es geht auch um Stadtteile, die Anfang des Jahrhunderts gebaut worden sind, in denen wir eine alte Bausubstanz haben und in denen wir durch hohe Arbeitslosigkeit inzwischen erhebliche Probleme bekommen haben.

Wenn Sie sagen, das Land müsse sich nun endlich einmal den Ortsteilen zuwenden, Herr Kollege Zellnig, dann muß ich dazu sagen: Leider sind Sie nicht gut informiert über das, was bereits im Lande passiert. Herr Kollege Zellnig, ich war sehr gespannt, nachdem wir fünf Jahre lang miteinander über Wohnungspolitik diskutiert haben, wie wir denn nun in der Städtebaupolitik miteinander klarkommen. Leider war Ihr Diskussionsbeitrag ähnlich wie zur Wohnungspolitik. Offensichtlich haben Sie als Opposition verzweifelt versucht, irgendwo noch etwas Negatives zu finden, was Sie hier vortragen können. Das war einmal der

(Ministerin Brusis)

- (A) Zuschnitt des Ministeriums und zum anderen die Unterstellung, bisher seien nur Ankündigungen erfolgt. Dies zeigt aber nur, daß Sie sich offensichtlich mit der Sache zu wenig intensiv beschäftigt haben und nicht wissen, was im Lande vorgeht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, daß es zum Komplex Stadtentwicklung keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und ich leite deshalb zum zweiten Komplex

b) Kultur

über und rufe für die CDU-Fraktion Herr Kollegen Blömer auf. Bitte sehr.

- (B) **Richard Blömer (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verabschiedung des Haushalts gibt uns Gelegenheit, eine erste Bilanz der Leistungen des neu geschaffenen Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport zu ziehen. Herr Kollege Zellnig hat für seinen Bereich, die Stadtentwicklung, eigentlich schon eindrucksvoll dargestellt, daß das, was wir erwartet haben, nicht eingetreten ist. Es wird Sie, Frau Ministerin, nicht überraschen, wenn diese Bilanz aus Sicht der Kultur ebenfalls außerordentlich negativ ausfällt.

(Beifall bei der CDU)

Die wichtigen Impulse, die Sie für die Zukunft der Städte und Regionen erwartet haben, - so haben Sie es formuliert -, nicht einmal gegeben haben, sind zumindest von Ihrem Haus, Frau Ministerin, nicht ausgegangen. Und wenn sie ausgegangen sind, dann hat sie keiner bemerkt. Weder hat das Ministerium durch neue Konzeptionen bundes- und landesweit Aufsehen erregt noch Hoffnungen, die von den Kommunen und den interessierten Kulturorganisationen in Sie gesetzt wurden, erfüllt.

Im Gegenteil! Über allgemeine Absichtserklärungen und ständige Dialogbereitschaft als Leitprinzip Ihrer Arbeit haben Sie bisher keine wegweisenden Ideen vorgelegt. Während das Kulturministerium den Dialog führt, reißen die Schreckensmeldun-

gen über Etatkürzungen, Subventionsabbau, Bibliothekensterben, um nur einige Stichworte zu nennen, nicht ab. Das Schreckgespenst der leeren Haushaltskassen sitzt Intendanten, Museumsdirektoren, Bibliothekaren und Orchestern ebenso im Nacken wie den kommunalen Kulturdezernenten und den Tausenden von ehrenamtlich Tätigen, die sich um die Förderung der Breitenkultur verdient machen.

(C) **(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)**

Einer steigenden Zahl von Musikschulen in Nordrhein-Westfalen steht ein im Laufe der Jahre ständig gesunkener Landesanteil gegenüber. Erst in der vergangenen Woche beklagten sich die Vertreter der Musikschulen in Siegburg darüber, daß die Belastung der kommunalen Träger und der Musikschüler bzw. ihrer Eltern permanent steigt, und zwar für alle Unterrichtsangebote, nicht nur für den Einzelunterricht.

Während die Länder Baden-Württemberg und Bayern den Wert der Musikschulen erkannt haben, hält sich die Landesregierung mit dem Hinweis auf die kommunale Zuständigkeit vornehm zurück und läßt zu, daß bei der Förderung von Musikschulen das Land Nordrhein-Westfalen das absolute Schlußlicht aller Bundesländer darstellt.

(D) Auch die Förderung der Laienmusik - und diese bildet die wichtige Basis für die Breitenkultur in unserem Lande - ist unzureichend. Dabei müßte es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Landeskulturpolitik dem Bedürfnis der Bürger nach Partizipation, nach aktiver Teilhabe an Kultur, nach Entfaltung von Aktivität und Kreativität, eigener Gestaltung und Selbstentfaltung Rechnung tragen muß.

Die deutschen Bibliotheken - und hier schließe ich ausdrücklich die nordrhein-westfälischen ein - haben sich erst in der vergangenen Woche in Anbetracht ihrer Finanznöte mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt und darauf hingewiesen, daß diese Misere die Versorgung von Millionen von Kindern bis zu zwölf Jahren mit Büchern gefährdet - eine Situation, auf die wir durch unseren Antrag zum Bibliothekensterben in Nordrhein-Westfalen hingewiesen haben, eine Situation, die Sie ignorieren und einfach nicht zur Kenntnis nehmen, eine Situation, die angesichts der medialen Reizüberflutung und auch der Zunahmen an Gewalttätigkeit unter Kindern und Jugendlichen allen politisch Verantwortlichen zu denken geben müßte.

(Blömer [CDU])

- (A) Frau Kollegin Schumann, Sie haben auch in Diskussionen beim Städtetag darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, den Bibliotheken mehr Mitteln zuzuweisen. Ihren Worten und Ihren Wünschen hätten auch Taten bei der Gestaltung des Haushalts folgen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Das Geld für Museen und Bühnen wird immer knapper, und da überrascht es nicht, daß manche Kommunalpolitiker angesichts der Tatenlosigkeit der Landesregierung ihr Heil in der Schließung oder Reduzierung von Spielstätten, drastischen Einschränkungen bei den Öffnungszeiten von Museen oder dem Einfrieren von Kulturetats suchen.

Nun will ich damit nicht sagen, daß diese Kulturpolitik allein von der Landesregierung zu verantworten ist. Aber wir haben immer wieder betont: Das Land muß Signalfunktionen übernehmen. Das Land muß Impulse geben. Wenn das Land die richtigen Signale aussendet, werden auch die Kommunalpolitiker bereit sein, den Wert von Kulturpolitik zu erkennen.

Wir freuen uns, daß unsere Initiative zur Sicherung der Nordwestdeutschen Philharmonie immerhin zu einem vorläufigen Sicherungskonzept geführt hat. Um so mehr überrascht es uns, daß Sie die Probleme der Philharmonia Hungarica nachdrücklich ignorieren. Der Bundesinnenminister weist auf die ungleiche Lastenverteilung bei der Finanzierung dieses Orchesters hin. Es ist geradezu peinlich und grotesk, wie Sie sich der Mitwirkung an einem neuen Finanzierungskonzept zu entziehen versuchen.

(B)

(Lothar Hegemann [CDU]: Sehr richtig!)

Frau Ministerin, wir erwarten von Ihnen an dieser Stelle eine ganz klare Aussage. Die erwarten wir übrigens nicht nur hier im Parlament, sondern werden mit Ihnen in der Sache auch im Kulturausschuß darüber sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen fordert: "Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern." - Damit wird dankenswerterweise festgelegt, daß Kulturpflege und -förderung zu den Pflichtaufgaben der Kommunen, aber auch der Landesregierung gehören.

Der Städtetag weist zu Recht darauf hin, daß die gemeinsame Wahrnehmung dieser Verantwortung

für eine der wichtigsten und vielfältigsten Kulturlandschaften in Europa eine Aufgabe von großer gesellschaftspolitischer, aber natürlich auch wirtschaftspolitischer Bedeutung für das Land ist. Kulturpolitik ist in diesem Zusammenhang für uns auch ein unverzichtbarer Bestandteil von Strukturpolitik.

(C)

Deshalb ist Kulturpolitik für uns mit dem Auftrag verbunden, gemeinsam mit allen Verantwortlichen tragfähige Konzepte zur Sicherung der Grundausstattung unseres kulturellen Angebots - vor allem in den Kommunen - zu schaffen.

Frau Kollegin Schumann, ich darf Sie noch einmal ansprechen: Sie haben in einer Sitzung des nordrhein-westfälischen Städtetages, im Kulturausschuß, kritisiert, daß die von der gegenwärtigen Landesregierung verfolgte Arbeitsteilung zwischen Kommunen und Land zu einer Erosion der kulturellen Grundversorgung führt. Frau Kollegin Schumann, diese Auffassung teile ich nachdrücklich und fordere die Landesregierung auf, ihren Verfassungsauftrag ernster zu nehmen, als das bisher der Fall war.

Frau Ministerin, Ihre Antwort auf die eben dargestellten Probleme bestand in einer Kürzung sämtlicher Haushaltspositionen im Kulturetat. Gleichzeitig führten Sie als neues kulturelles Highlight die regionale Landeskulturpolitik ein. Was aber letztlich dieses "besondere Politikziel" - Frau Ministerin, so haben Sie diese neue Aufgabe einer regionalen Kulturpolitik definiert - wirklich bewirken soll, ist bis heute schleierhaft geblieben. Zu Recht haben sich über alle Parteigrenzen hinweg Kulturdezernenten und Kulturpolitiker im Lande gefragt, warum es eigentlich diese neue regionale Landeskulturpolitik geben muß. Für wen ist sie da? Für wen wird sie verordnet?

(D)

In einer Zeit, in der Kultureinrichtungen wegbrechen und in Städten wie beispielsweise Bochum die Anweisung erteilt wird, alle dezentralen Kultureinrichtungen abzubauen und sich auf die zentralen Angebote zu beschränken, grenzt es fast schon an Zynismus, eine neue Aufgabe zu erfinden, von der man bis heute nicht weiß, was sie tatsächlich bewirken soll oder bewirken wird. Bemerkenswert ist, daß sich die Geister bereits an der Definition von "Region" scheiden. Verfolgen Sie beispielsweise die heutige Diskussion im Städtetag in Siegen, werden Sie festgestellt haben, daß eine unglaubliche Diskrepanz zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was Kulturpolitiker wollen, klafft.

(Blömer [CDU])

- (A) Im übrigen darf ich Sie, Frau Ministerin, darauf hinweisen, daß es eine regionale Kulturpolitik bereits gibt. Die gibt es nämlich bei den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe, über die beiden Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh sowie zahlreiche regionale Initiativen, die zu Programmen und Projekten beitragen, die über die Regionen hinaus Aufmerksamkeit erregen.

In dem Zusammenhang darf ich auch darauf hinweisen, daß beispielsweise in der Euregio sogar über die nationalen Grenzen hinweg regionale Kulturpolitik gefördert wird. Manchmal gibt es ja sogar Kooperationen auf der Rheinschiene zwischen Bonn und Köln, Düsseldorf und Köln, Düsseldorf und Duisburg. Das ist sehr begrüßenswert, und deshalb brauchten wir Ihre Anregung eigentlich überhaupt nicht.

Es zeugt auch weder von Phantasie noch von Originalität, wenn Sie einerseits quer durch alle Positionen im Haushalt Kürzungen vornehmen, andererseits daraus die regionale Kulturförderung mit 13,3 Millionen DM sponsern sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz mit weiteren 10 Millionen DM befrachten.

- (B) Bemerkenswert war natürlich für uns auch, daß sich die Koalitionsfraktionen bei den Haushaltsplanberatungen von Ihrer Konzeption verabschiedet haben, Frau Ministerin: Alle nur möglichen Verstärkungen, die Sie vorgeschlagen haben, werden ausdrücklich aus dem Titel "Regionale Kulturförderung" gespeist. Frau Ministerin, damit leisten Sie eigentlich schon Ihren ersten Offenbarungseid im neu zusammengeschusterten Haus.

(Beifall bei der CDU)

Skandalös - darauf möchte ich noch hinweisen - ist aber, daß es trotz der Reduzierung der Aufgaben bei der neu geschaffenen Abteilung bleibt: Zehn Leute werden eingestellt. Das bedeutet eine Aufblähung um zehn Personalstellen. Die neue Abteilung kostet 900 000 DM. Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich schon fast unverschämt, Frau Ministerin, wenn Sie in der Aufgabenbeschreibung Karl Valentin zitieren - "Kultur ist schön, macht aber auch viel Arbeit." - und damit letztendlich die Einrichtung dieser neuen Abteilung begründen.

Wir haben dafür überhaupt kein Verständnis. Wir benötigen jede Mark, um kulturelle Aktivitäten in den Kommunen zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

(C) Sie sollten so vernünftig sein und heute noch die Entscheidung treffen, diese Abteilung einzustellen und die freiwerdenden Gelder für wirkliche Kulturpolitik auszugeben, nicht aber die Förderung von Personalstellen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Böcker für die Fraktion der SPD.

Manfred Böcker (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Blömer, das, was Sie hier geboten haben, habe ich erwartet. Es ist sicherlich gut, daß man schon reiche kommunalpolitische Erfahrung besitzt, wenn man in dieses Landesparlament kommt. Das meine ich wirklich ernst. Aber Sie müssen noch lernen, daß Sie hier als Landeskulturpolitiker sprechen, nicht aber als Vorsitzender eines kommunalen Parlamentes.

(Loke Mernizka [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Sie haben hier nämlich ein Szenario von der kulturellen Wüste im kommunalen Bereich in Nordrhein-Westfalen aufgezeichnet. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Nach wie vor haben wir die dichteste, lebhafteste und lebendigste Kulturlandschaft weit und breit. Das ist so.

Ich will gar nicht verhehlen, daß es hier und da Probleme und Schwierigkeiten in den Kommunen gibt. In einer Haushaltsrede - ich glaube, das war im vergangenen Jahr - habe ich gesagt, daß die beste Kulturpolitik ein gutes GFG ist. Darum bemühen wir uns.

Nun zurück zu den Sachfragen, die Sie hier aufgeworfen haben: Wir müssen im Ausschuß ernsthaft darüber nachdenken - das habe ich bereits mehrere Male angekündigt -, wo denn die Schwerpunkte einer *landeseigenen* Kulturpolitik liegen. Daß dabei die Kommunen ihren Part mitspielen müssen, steht doch außer Frage. Ich weiß mich in diesem Bemühen, da eine Linie hineinzubekommen, auch einig mit vielen aus Ihrer Fraktion, vornehmlich mit Ihrem Ausschußvorsitzenden.

Wenn Sie sagen, die Philharmonia Hungarica darbt vor sich hin, das Land hätte die Verpflichtung und sei nicht in der Lage, die Mittel aufzubringen, muß ich Ihnen antworten: Sie kennen

(Böcker [SPD])

(A) doch den Brief des Bundesinnenministers Kanther. Dieser Brief ist eine einzige Unverschämtheit an das Land. Das will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen. Wer von 7 Millionen DM redet, dabei verschweigt, daß der Bund auf 7 Millionen DM gekürzt hat, und gleichzeitig ultimativ das Land auffordert, nicht nur Restbeträge zu zahlen, sondern in wirtschaftlich schwieriger Zeit bei einem Orchester, das kein Landesorchester ist, noch draufzusatteln, entzieht sich seiner Verantwortung. Dieses Orchester - damit ich spreche ich nicht gegen das Orchester und gegen die Musiker, die dort spielen - steht in der Verantwortung des Bundes und nicht in der Verantwortung des Landes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da will ich gleich noch etwas zu dem sagen, was Sie zuletzt angesprochen haben, weil ich diesen Bogen schließen will. Auch das habe ich Ihnen im Ausschuß bereits vorgeworfen. Hören Sie auf, ständig etwas zu wiederholen, was nicht stimmt. Wenn Sie sagen, das Ministerium wäre um zusätzliche zehn Stellen aufgebläht worden, verschweigen Sie einfach, daß diese zehn Stellen vorher aus allen Häusern zusammengetragen worden sind. Es ist keine Ausweitung des Personalhaushalts erfolgt. Man kann in der Sache über die Aufgaben streiten, aber dies ist einfach nicht die Wahrheit.

(B) Nun sind Haushaltsplanberatungen sicherlich die Highlights der parlamentarischen Arbeit. Es ist nicht zu verkennen, daß bei knapper werdenden Mitteln gerade im Kulturbereich, in dem es leider nicht nur um Pflichtaufgaben geht, sondern vielfach um Kür, mehr an Innovation, neuer Phantasie und Bereitschaft gefragt ist, neue Wege zu gehen.

Natürlich machen wir Kulturpolitiker gemeinsam landauf, landab die Erfahrung, daß in diesen Bereichen die Versuchung überall groß ist, zunächst zu sparen und den Rotstift anzusetzen. Mit Schrecken haben auch wir vernommen, daß in den Kommunen darüber diskutiert wird, teilweise Stadtteilbüchereien zu schließen oder daß Theatern und kulturellen Einrichtungen gespart werden soll und muß.

Aber der Teil, für den wir hier - die Landesregierung und diese Koalition - Verantwortung tragen, nämlich für den Landeskulturhaushalt im Einzelplan 15, ist von Kontinuität geprägt. Wir haben diesen Haushalt noch aufstocken können. Ich komme noch darauf zurück. Wir können uns da-

mit wahrlich sehen lassen, und das in einer Zeit, in der Sparen und nochmal Sparen angesagt ist. (C)

Bei den Beratungen über diesen Haushalt ist es zu wesentlichen Verbesserungen gekommen. Teile sind wesentlich überrollt worden, andere sind verbessert worden. Ich wage in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit die Behauptung: Dies ist ein kulturfreundlicher Haushalt, und das ist ein Erfolg dieser Koalition.

Wir haben seit den letzten Haushaltsplanberatungen zahlreiche Gespräche geführt, die deutlich machten, daß es gleichwohl Bereiche gibt, in denen auch in Zeiten knappster Haushaltsmittel besondere Zuweisungen erforderlich sind. Meine Fraktion hat gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgfältig abgewogen, an welchen Stellen des Einzelplans 15 Änderungen vorgenommen werden sollten. Dabei haben wir uns davon leiten lassen, daß es nicht darum geht, bestimmte Einrichtungen zu bevorzugen. Vielmehr haben wir uns davon überzeugt, daß es in bestimmten Bereichen bei Nichteingreifen zu Einbrüchen kommen könnte. Hier haben wir die Verantwortung wahrgenommen, dies zu verhindern. Ich will einige Beispiele nennen.

Wir haben daher zugunsten der Landesorchester, literarischer Veranstaltungen, der Filmfestivals bzw. Filmtage, der Laienmusik und einiger anderer die Anhebung der Ansätze beschlossen. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß manche Einrichtungen seit Jahren keine Ansatzserhöhung erfahren haben, wie zum Beispiel das Lippische Landesmuseum in Detmold. Dieses erhält eine Ansatzserhöhung von 100 000 DM. Daneben war unter anderem ausschlaggebend, daß aufgrund gestiegener Sach- und Personalkosten die Durchführung des Orchesterbetriebs bei den Landesorchestern nur gewährleistet werden konnte, wenn der Landeszuschuß entsprechend angehoben wurde. (D)

Sie haben den Antrag zur Unterstützung der Nordwestdeutschen Philharmonie gestellt. Wir haben im Ausschuß gesagt, in der Sache unterstützen wir diesen Antrag. Das haben wir getan. Aber es geht um weit mehr als um ein Orchester. Es geht um drei Landesorchester. Deshalb bin ich meiner Fraktion sehr dankbar dafür, daß sie bei der Erhöhung des Zuschusses für die drei Landesorchester in Höhe von 1 550 000 DM mitgemacht hat.

Dieses Geld soll eingesetzt werden, um die Defizite, die im nächsten Jahr auflaufen könnten, jetzt

(Böcker [SPD])

(A) abzudecken. Aber ich sage in gleicher Deutlichkeit: Wir verkoppeln dies damit, daß wir eine mittel- bis langfristige Finanzierungssicherung haben wollen, um den Orchestern Sicherheit zu geben. Ich denke, drei Landesorchester kann die Größe dieses Landes wohl vertragen. Wir sind auf die Konzepte, die entwickelt werden, gespannt. Ich glaube, wir werden das zu einem guten Ende bringen.

Sie haben beklagt, wir täten zu wenig, Herr Blömer, für die Laienmusik. Haben Sie nicht wahrgenommen, daß es einen Antrag gegeben hat, den wir auch so beschieden haben - 300 000 DM mehr für die Laienmusik? Dieses Geld wollen wir auf Bitten des Sängerbundes für die Fort- und Weiterbildung von Chorleitern einsetzen, um den qualifizierten Nachwuchs zu fördern.

(Zuruf des Richard Blömer [CDU])

- Ich kenne die Kürzungen in den Vorjahren sehr wohl. Aber man muß doch wirklich auch anerkennen, daß es in dieser schwierigen Zeit noch gelungen ist, in solchen Positionen Verbesserungen zu erreichen, während in anderen Politikfeldern dieses Haushalts Kürzungen hingenommen werden mußten. Ich denke, daß uns gerade die Laienmusik und der nordrhein-westfälische Sängerbund dankbar sein werden für das, was wir hier getan haben.

(B)

Um 100 000 DM haben wir den Förderbetrag für Literaturveranstaltungen erhöht. Damit können wir im wesentlichen die Arbeit unserer Literaturbüros wieder mit Projektmitteln fördern. Sie leisten eine qualitativ hochwertige und gute Arbeit.

Ohne eine Aufstockung der Landesmittel hätten auch das rheinisch-westfälische Theaterwesen und die Lippische Landesbibliothek eine akute Gefährdung erlitten. Da bei letzterer die Zuschußzahlung seit 1988 unverändert geblieben ist, haben wir uns für eine Erhöhung um 200 000 DM entschieden. Das rheinisch-westfälische Theaterwesen, also die Privattheater, werden mit zusätzlich einer Million DM gefördert. Das macht meines Erachtens unseren Ansatz von Landeskulturpolitik in dieser schwierigen Zeit mehr als deutlich.

Dabei lege ich jedoch Wert auf die Feststellung, daß alle unsere Anträge Deckung aufweisen. Wir haben dieses haushaltstechnisch so gewährleistet, daß die Erhöhungen bei den begünstigten Titeln durch Einsparungen im Bereich der regionalen Kulturförderung erwirtschaftet werden. An dieser Stelle möchte ich aber darauf hinweisen, daß damit nicht zu verstehen gegeben werden

soil, die angestrebte regionale Kulturförderung werde nicht auf den Weg gebracht. Ganz im Gegenteil! Der Ansatz hierfür in Höhe von 13,3 Millionen DM wird jedoch, da wir uns, was die Verabschiedung des Haushaltes betrifft, schon recht spät im Jahr befinden, in diesem Umfang nicht abfließen können, so daß dieses Vorgehen für die Sache an sich unschädlich ist und wir deshalb diese Summe haben in Anspruch nehmen können.

(C)

Im Hinblick auf unsere Anträge zur Förderung der Orchester ist eine Deckung dadurch zu erzielen, daß das Land in 1996 geringere Leistungen für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz erbringen wird, ohne daß diese Einsparung bereits anderweitig verplant worden wäre. Ich bin dem Herrn Finanzminister wirklich sehr dankbar, daß er sein Einverständnis zu diesem Deckungsvorschlag gegeben hat.

Bislang habe ich die Änderungen geschildert, die bestimmte Einzeleinrichtungen betreffen. Dies ist jedoch nicht typisch für die Landesförderung im Bereich der Kultur. Kulturarbeit beschränkt sich gerade nicht auf größere Projekte und Maßnahmen, sondern Kultur ist vielfältiger, und ihre Wertigkeit zeigt sich auch im kleineren Maßstab.

Um diese in ihrer Dimension, nicht in ihrer Wertigkeit kleineren Kulturarbeiten zu fördern, ist in der Vergangenheit ein sogenannter Feuerwehrfonds gegründet worden. Seit 1980 werden in allen Bereichen der Kultur insbesondere Initiativen außerhalb der tradierten Einrichtungen gefördert. Dabei werden vor allem neue künstlerische Entwicklungen unterstützt. Durch die in den letzten Jahren vorgenommenen Kürzungen - Sie sehen, Herr Kollege Blömer, ich verschweige es gar nicht -, die gegenüber 1990 zu einer Halbierung der Mittel dieses Fonds geführt haben, kann die mit diesem Fonds verbundene Aufgabenstellung so nicht mehr erfüllt werden. Deshalb haben wir uns entschlossen, eine Erhöhung von insgesamt 2 590 000 DM vorzusehen.

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege, ich muß Sie darauf hinweisen, daß Sie Ihre Redezeit überschritten haben.

Manfred Böcker (SPD): Entschuldigung, Herr Präsident! Ich will gleich zum Schluß kommen.

Sie sehen, Herr Kollege Blömer, daß wir gerade in diesem Bereich unsere Schwerpunkte gesetzt haben.

(Böcker [SPD])

- (A) Zum Abschluß möchte ich Ihnen noch etwas zur regionalen Kulturpolitik, die Sie so vehement bekämpfen, sagen. - Was machen Sie eigentlich? - Sie wollten - aus Ihren Anträgen war es abzulesen - mit der Gießkanne über Land ziehen, um finanzielle Wohltaten zu versprühen, gleichzeitig aber die Kulturmittel des Landes aus parteipolitischen Gründen, weil Sie die regionale Kulturpolitik ablehnen, um fünf Millionen DM kürzen. Das ist die Wahrheit, und das ist mit uns und wird mit uns auch in Zukunft nicht zu machen sein.

Ich füge hinzu, daß die regionale Kulturpolitik gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten neue Anstöße geben will und ermutigen soll, die regionalen Kräfte in der Kultur zu stärken und mit und durch die Kultur die Identifikation der Menschen mit ihrer Kulturlandschaft zu fördern. Dieses Querschnittsministerium ist gut dazu geeignet, dieses zu tun.

Deshalb - ich komme zum Ende, Herr Präsident -: Verehrte Kollegen von der CDU, springen Sie über Ihren Schatten und beteiligen Sie sich in Zukunft an der inhaltlichen Ausgestaltung dessen, was regionale Kulturpolitik werden soll.

Ausdrücklich bedanke ich mich nochmals bei unserem Koalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine sehr konstruktive Beratung.

(Beifall des Klaus Matthiesen und des Ernst-Martin Walsken [SPD] - Zurufe von der CDU)

Und ich will mich auch ausdrücklich für ein trotz inhaltlicher Kontroversen gutes, durch Gemeinsamkeit geprägtes Klima bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU im Ausschuß bedanken. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Schumann das Wort.

Brigitte Schumann (GRÜNE)*: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Dankeschön für die Zusammenarbeit im Kulturbereich gebe ich an den Kollegen Böcker sofort zurück.

(Beifall des Ernst-Martin Walsken [SPD] - Oh! bei der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist eine Koalition der Liebe!)

Ich sage das mit der Möglichkeit, zu unterscheiden zwischen sachlichen Differenzen, die auch in der Koalition bestehen und die wir sachlich austragen, und den persönlichen Befindlichkeiten und Annäherungen, die in vertrauensvollen Gesprächen stattgefunden haben. (C)

(Ah! bei der CDU - Allgemeine Unruhe - Klaus Matthiesen [SPD]: Ich sage es doch: Eine Koalition der Liebe!)

Herr Präsident, ich bitte Sie, dafür zu sorgen, daß die Herren nicht zu übermütig werden und einfach mal wieder zur Sache zurückkehren. Herr Linssen, so lustig finde ich das gar nicht, was bisher von meiner Seite gesagt worden ist.

(Glocke)

Wir haben unsere Vorstellungen nicht in vollem Umfange durchgesetzt, aber Verstärkungen an entscheidenden Stellen erreicht. Diese möchte ich zunächst einmal herausstellen.

Mit diesem Haushalt gibt es nun eine eigene Titelgruppe für Frauenkultur. Mit dem Titel "Zuschüsse für laufende Zwecke der Frauenkulturförderung" wird zum ersten Mal, nachdem die SPD in der letzten Legislaturperiode eine Große Anfrage zu dem Bereich gestellt hatte, die Konsequenz aus der festgestellten Tatsache gezogen, daß Frauen als Künstlerinnen und als Verantwortliche im Kulturbetrieb auch benachteiligt sind und deshalb einen Anspruch auf eigene Förderung und eigene Fördermittel haben, und zwar selbstverständlich zusätzlich zu dem Anspruch auf eine gleichberechtigte Teilhabe an allen existierenden Zuschußmitteln. Wir wollen hier keine Nische für Frauen aufmachen, sondern der Benachteiligung entgegenwirken. (D)

Neben der Summe von 1,5 Millionen DM, die wir hier eingestellt haben, ist mir und uns als GRÜNEN mindestens genauso wichtig, daß diese Förderung über eine eigene Titelgruppe im Haushalt 15 sichtbar gemacht und nicht nur in einer schon bestehenden Haushaltsstelle mit einem Vermerk untergebracht wird. Ich will Ihnen auch sagen, warum uns das wichtig war und ist: Wir verbinden damit nämlich die konkrete Erwartung, daß Frauenkulturförderung als neuer Bestandteil rot-grüner Politik irreversibel ist, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Dies muß allerdings für Erhöhungen in anderen Bereichen nicht gleichermaßen gelten. Das muß z.B. bei den Erhöhungen der Zuschüsse für die freien Theater nicht gelten, denn die Zuschuß-

(Schumann [GRÜNE])

- (A) mittel, die wir bis zu einer Million DM draufgelegt haben, sind aus der Titelgruppe Regionale Kulturförderung gekommen. Sie können selbstverständlich immer wieder zur Disposition gestellt werden. Wir hoffen aber, daß das nicht passiert, denn die Erhöhung bei diesem Ansatz war uns auch wichtig. Aus unserer Sicht soll damit gleichzeitig ein Beitrag für die Förderung der Kinder- und Jugendtheater und der Kinder- und Jugendkultur geleistet werden.

Die Verknüpfung zweier Aspekte, Förderung von freier Kultur und Förderung von Kinder- und Jugendkultur, bietet sich hier besonders an. Denn die freien Träger sind die eigentlichen Träger von Kinder- und Jugendtheater. Sie leben schlecht davon. Kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche, die nicht kommerziellen Charakter haben, brauchen wir zusätzlich. Sie müssen ausgebaut werden.

Ich erwähne aus unserer Sicht noch als wichtigen Bestandteil dieses Haushaltes - wenn das auch im Einzelplan 15 nicht bei der Kultur, sondern bei der Stadtentwicklung ausgebracht ist - die Investitionsmittel für soziokulturelle Zentren in einer Höhe von 1 Million DM. Das sind Investitionen für notwendige Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen, die inzwischen angefallen sind und von den Zentren nicht vorgenommen werden können, weil die Rücklagen dafür nicht gebildet werden konnten.

(B)

Uns liegt daran, daß die soziokulturellen Zentren ihre Attraktivität, ihre Ausstrahlung und die Impulse, die sie kulturell und politisch für die Stadtteilarbeit geben, behalten. Für den Beibehalt der Attraktivität gehört eben nicht nur eine Überprüfung der Angebote und ihrer inhaltlichen Qualität, sondern es kommt auch darauf an, wie sich ein Ort selbst präsentiert. Die ersten soziokulturellen Zentren wurden Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre errichtet. Das heißt, inzwischen ist die Zeit darüber hinweggegangen. Wir müssen die Bedürfnisse der Nutzer und Nutzerinnen auch berücksichtigen. Sie sollen sich dort aufgehoben fühlen.

Die anderen Projekte sind genannt worden. Nach meiner Meinung war es auch wichtig, daß die Kürzungen bei der Filmförderung zurückgenommen wurden, weil es wieder einmal zwei Frauenprojekte getroffen hätte, deren Bestand in Frage gestellt worden wäre, nämlich das Frauenfilmprojekt *Feminale* und das andere, die *femme totale*.

Die Haushaltsberatungen haben aus unserer Sicht, Herr Blömer, tatsächlich auch grundsätzliche Fragen aufgeworfen, einmal die Frage, welche Rolle das Land für die Sicherung der kulturellen Grundversorgung in den Gemeinden spielt. Wir haben einen Dissens. Sie haben mich da zitiert. Ich fühle mich richtig wiedergegeben. Aber meinen Sie nicht, uns da vorführen zu können. Die SPD weiß sehr wohl, daß wir auch in der Koalitionsvereinbarung gesagt haben, daß es uns im Sinne einer Bestandsaufnahme der kulturellen Landschaft Nordrhein-Westfalens darum geht, hier eine Klärung herbeizuführen. Wir glauben, daß wir in dem Prozeß der Regionalisierung selber einen Schritt bei der Fragestellung weiterkommen: Was sind originäre Aufgaben der Gemeinden, und was muß das Land tun?

(C)

Die zweite grundsätzliche Frage, die sich in Verbindung mit diesem Haushalt stellt, ist die Frage nach der regionalen Kulturförderung. Was soll das sein? Was soll sie bringen? Was sind unsere Erwartungen?

Herr Blömer, ich finde es überhaupt nicht schlimm, wenn Ihnen, wie Sie sagen, das noch schleierhaft ist. Wissen Sie, wofür das spricht? Das spricht dafür, daß etwas ergebnisoffen von unten in den Regionen und nicht von oben zentralistisch entwickelt wird. Das finde ich sehr begrüßenswert.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daß es dafür trotzdem Geld für Stellen im Ministerium gibt, ist auch richtig, denn schließlich muß der Prozeß vom Land mitgesteuert und -gestaltet werden können. Das widerspricht sich überhaupt nicht. Da sind Ihre Bemerkungen in der Sache doch etwas verfehlt.

Zu dem, was bei der Regionalisierung noch eine Rolle spielen sollte! Ich komme zurück auf das Thema, das mich sehr stark beschäftigt: Was tun wir eigentlich für Kinder und Jugendliche? Wir wissen, daß zum Beispiel die Beiträge für musisch-ästhetische Bildung steigen. Die Zugänglichkeit für alle Kinder ist durch die Verlagerung von Schulen in andere Institutionen, die die Grundbildung vornehmen, problematisch. Das sehen wir so. Es gibt auch noch andere kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche, die das betrifft. Von daher müssen wir uns Gedanken machen.

(Schumann [GRÜNE])

(A) Jetzt kommt der Regionalisierungsaspekt hinein. Ich will noch einmal zitieren, was in dieser Studie "Kinder- und Jugendkulturarbeit in Nordrhein-Westfalen" vom MAGS und vom damaligen Kultusministerium zusammen dargelegt wurde. Da heißt es in einer Zusammenfassung:

"Die Kindern und Jugendlichen gegebenen Möglichkeiten, sich an Projekten, Kursen, Veranstaltungen und Werkstätten der Kinder- und Jugendkulturarbeit zu beteiligen, sind regional und in den Kommunen stadtteilspezifisch gebrochen. Kinder und Jugendliche insbesondere in kleineren Gebietskörperschaften haben in der Regel nur wenig Möglichkeiten, kulturell aktiv zu werden und kulturell-ästhetische Techniken und Darstellungsformen kennenzulernen."

Hier ergibt sich doch ein klarer Auftrag für die Regionalisierung und für die regionale Kulturförderung, nämlich, diese Lücke, die sich hier auftut, diese Disparitäten zu schließen.

In diesem Falle sagen wir ganz und gar in Abgrenzung zur CDU, daß das Projekt "Regionale Kulturförderung" nicht unsinnig ist, sondern daß wir da sehr viele Aufgaben formulieren müssen und werden. Aber es muß von unten, in der Region selber, entwickelt werden - das sage ich noch einmal ganz entschieden -, und die Konzepte, die bisher nur Spiegelstriche sind, müssen sich in der Konkretisierung erweisen.

(B) Ich komme zu unseren Erwartungen. Wir haben leider - leider sage ich aus kulturpolitischer Sicht - in unserer Vereinbarung gesagt, daß wir bestimmte Bereiche ganz wichtig nehmen und fördern wollen. Dazu gehören die Frauenkultur, Jugend- und Kinderkultur, die freie Szene, Soziokultur und die Gedenkstättenprojekte. Ich habe gezeigt, daß wir im Haushalt Ansätze haben, die in die richtige Richtung gehen; das muß weiterverfolgt werden, damit es auch überzeugend wirkt und nicht verpufft.

Wir haben aber zur Gedenkstättenpädagogik noch nichts getan. Das mahne ich an. Da bietet sich die 50-Jahr-Feier, die wir in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen planen, geradezu an, intensiv darüber nachzudenken, auch neben den freudigen Feiern, was wir denn mit der Vergangenheit machen, um sie in unserem Land lebendig zu halten und für unsere Kultur, für unsere Gesellschaft, für unsere politische, demokratische Entwicklung wirksam werden zu lassen. Das könnten wir in diesem Jahr gut leisten.

(C) Dann möchte ich noch etwas sagen; das ist ein letztes Plädoyer. Ich habe das am Ende meiner Rede zum Haushalt für Schule und Weiterbildung vergessen. Ich spreche jetzt nur für die Bereiche Schule, Weiterbildung und Kultur. Ich erlebe, daß Rot und Grün einen Vorrat von Gemeinsamkeiten haben. Ich erlebe es besonders im programmatischen Bereich. Ich erlebe Schwierigkeiten bei der Umsetzung, und da kommen manchmal auch unterschiedliche Vorstellungen zutage. Aber was ich hier eigentlich überhaupt nicht erlebe, sind Möglichkeiten für Schwarz-Grün, Entschuldigung: Schwarz-Rot - ich komme aus Mülheim; daher vielleicht der Lapsus -; Schwarz-Grün sehe ich hier überhaupt nicht.

(Zurufe von der CDU)

Was will ich damit sagen? Wir GRÜNE buhlen nicht darum, daß hier rot-grün weitergemacht wird.

(Zuruf der Ruth Hieronymi [CDU])

(D) Aber ich sage Ihnen: Wenn Ihnen etwas daran liegt, daß wir weiterarbeiten, dann zeigen Sie es bitte, meine Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, anhand der strittigen Punkte, die uns auseinanderbringen und die eine Krise heraufbeschworen haben, eine ganz ernsthafte, die auch nicht mit irgendwelchen schönen Gesten überbrückt werden kann, wo Sie sich in der Sache bewegen müssen. Sorgen Sie dafür, daß die Gründe ausgeräumt werden, damit wir weitermachen können! Das ist mein Plädoyer an die SPD-Landtagsfraktion: Bitte tun Sie etwas dafür, daß sich Ihre Spitze, die SPD-Spitze, in diesen strittigen Punkten, die für uns existentiell sind, bewegt!

(Beifall bei den GRÜNEN - Loke Mernizka [SPD]: Ohne Arbeit keine Kulturreform! - Stefan Frechen [SPD]: Das ist ein bißchen einseitig!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Einen Augenblick bitte, Frau Ministerin! - Meine Damen und Herren, bevor ich Frau Ministerin Brusis das Wort erteile, muß ich auf einen Vorgang zurückkommen, der sich bei der Beratung des Einzelplans 03 ereignet hat.

In seinem Redebeitrag hat Herr Kollege Paus unter anderem gesagt:

"Auch die Akzente, die Sie nach den gewalttätigen Kurdendemonstrationen gesetzt haben,

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Herr Innenminister - darüber werden wir morgen früh ja noch mit Ihnen diskutieren -, unterscheiden sich erfreulich von dem, wie wir häufig fanden, Wischiwaschi Ihres Vorgängers oder der PKK-Nähe von Siggie Martsch, wie wir sie hier schon mehrfach erlebt haben."

Hier wird ein Kollege in die Nähe - so wird das ja wörtlich ausgedrückt - einer verbotenen Organisation gerückt. Wir im Präsidium halten das nicht für zulässig. Ich erteile Ihnen eine Rüge, Herr Kollege Paus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- Dies gilt natürlich hier wie in dem anderen Fall: Beifallskundgebungen sind selten angebracht. Sie finden beim Schiedsrichter auf dem Fußballplatz nicht statt, und hier sind sie noch weniger geeignet.

(Heinz Hardt [CDU]: Aber manche haben eben ein Benehmen, daran können Sie nichts machen! - Stefan Frechen [SPD]: Das hat der Präsident ja deutlich gemacht! - Weitere Zurufe)

- Eigenartigerweise findet man die immer in allen Fraktionen.

(Heinz Hardt [CDU]: Einverstanden!)

- (B) Meine Damen und Herren! Ich komme damit zu Ihnen, Frau Ministerin Brusis. Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Ilse Brusis, Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf des Landes trägt die Landesregierung der wachsenden Bedeutung der Kultur als Lebenswelt und Standortfaktor in den Regionen Nordrhein-Westfalens Rechnung. Ich, meine Herren und Damen, kenne kein anderes Bundesland, das in der finanziell schwierigen Situation, in der wir uns alle befinden, in einem solchen Umfang sowohl die finanziellen Mittel wie auch die personellen Ressourcen für die Kultur erhöht. Ich finde, dies ist beachtenswert, und ich begrüße das außerordentlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe allerdings auch zur Kenntnis genommen, daß mit den Anträgen der CDU-Landtagsfraktion die für die Kulturpolitik im Lande zur Verfügung gestellten Mittel für das Jahr 1996 um etwa 5 Millionen DM gekürzt werden sollen. Wie sich

dies mit den ständigen Klagen der CDU-Landtagsfraktion über nicht ausreichende Mittel für die Kulturpolitik verträgt, kann ich nicht so recht nachvollziehen.

Ich verstehe die Rolle der Opposition, die mit allen Mitteln versucht, die Regierung und die sie tragenden Fraktionen in finanzpolitische Schwierigkeiten zu bringen: einmal, indem man von ihnen verlangt, daß sie die Pflichten übernehmen, die die Kommunen eigentlich zu übernehmen haben, und zum anderen, indem man darauf drängt, daß das Land Aufgaben des Bundes übernimmt. Beides, Herr Kollege Blömer, haben Sie heute hier wieder getan. Nur kann das, was Sie verlangen, nicht Landeskulturpolitik sein.

Wenn Sie vergleichen, was das Land Nordrhein-Westfalen in einigen Bereichen kommunaler Aufgaben tut, beispielsweise im Bibliothekswesen oder bei den Musikschulen, dann ist es zulässig, einen Vergleich mit anderen Ländern anzustellen. Nur sollten Sie ihn ergänzen und dann auch sagen, wie beispielsweise in Baden-Württemberg oder Bayern die finanziellen Hilfen der Länder an die Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz aussehen. Dann - glaube ich - kommen Sie zu anderen Ergebnissen. Sie können nicht immer nur punktuell vergleichen und das für Sie gerade in der Argumentation Beste herausuchen.

Sie möchten, daß ich etwas sage zur Philharmonia Hungarica. Das tue ich gerne. Herr Kollege Kanther hat dazu einen Brief geschrieben, den er auch gleich der Presse übergeben hat. Deshalb beziehe ich mich auf diesen Brief. Er sagt, wir sollten uns in gleicher Weise verhalten wie der Bund. Wenn wir dies tun würden, könnten wir unseren bisherigen Zuschuß von 350 000 DM auf etwa 280 000 DM absenken;

(Manfred Böcker [SPD]: Sehr richtig!)

denn der Bund hat seine finanzielle Unterstützung für sein Bundesorchester im Haushalt 1996 abgesenkt. Ich habe vor Monaten Herrn Kollegen Kanther gefragt, wie das mit der Philharmonia Hungarica eigentlich weitergehen soll. Ich habe ihm mitgeteilt, ich sei bereit, für das Land Nordrhein-Westfalen mit dazu beizutragen, daß dieses Orchester finanziell abgesichert wird. Nur möchte ich wissen, welche Perspektive das Orchester hat. Wenn nämlich der Bund heute sagt - so war es der Presse zu entnehmen -, daß er das Orchester sowieso nur noch für fünf Jahre finanziert und es dann ganz auf das Land übertragen wolle, dann muß ich sagen: Das ist für das Land nicht

(C)

(D)

(Ministerin Brusis)

- (A) zu leisten. Und eine Beerdigung auf Raten jetzt noch durch einen höheren Zuschuß mitzufinanzieren, darin sehe ich keinen Sinn. Die Qualität eines Orchesters leidet, wenn es keine Perspektive hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist in erster Linie Aufgabe des Bundes, diesem seinem Orchester eine Perspektive zu geben. Wir sind gerne bereit, dabei zu helfen, daß es finanziell abgesichert wird, aber wir können nicht in die Verpflichtungen des Bundes eintreten. Leider habe ich auf diesen Brief von Herrn Kollegen Kanther bisher keine Antwort erhalten. Deshalb stelle ich mir immer noch die Frage: Welche Perspektive gibt die Bundesregierung diesem Orchester eigentlich?

Meine Herren und Damen! Wir können nicht seitens des Landes das finanziell ersetzen, was die Kommunen nicht mehr in der Lage sind, von sich aus zu tun. Daß die Kommunen hierzu nicht mehr in der Lage sind, dazu trägt allerdings in starkem Maße die Bundespolitik der letzten Jahre bei. Ich weiß, daß Sie das ungern hören, meine Herren und Damen von der CDU-Fraktion, aber es ist so. Die hohen Belastungen, die die Kommunen durch Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe zu tragen haben, bringen sie in die Situation, daß sie für ihre kulturellen Einrichtungen keine ausreichenden finanziellen Möglichkeiten mehr sehen.

- (B) Allerdings kann das, was die CDU-Landtagsfraktion zum Haushalt 1996 beantragt hat, nämlich für den einen oder anderen Haushaltstitel, für die eine oder andere kommunale Aufgabe noch ein paar tausend Mark mehr zur Verfügung zu stellen, die Lösung der Probleme nicht bedeuten. Wenn wir in diesem Jahr noch einmal mit der Gießkanne über das Land gehen würden, um überall ein paar Tröpfchen mehr draufzulegen, wo sind wir dann im nächsten oder übernächsten Jahr? Wir stehen dann in der gleichen Situation. Deshalb, meine Herren und Damen, kann es in der Landeskulturpolitik nur darum gehen, daß wir fördernd und anregend wirken, daß wir überregionale Aufgaben und überregionale Einrichtungen unterstützen und daß wir versuchen, dauerhafte Strukturen in der Kultur zu entwickeln. Dies tun wir beispielsweise im Bereich des Bibliothekswesens mit großen finanziellen Anstrengungen.

Ich glaube, besser als jetzt mit der Gießkanne über das Land zu gehen und noch einmal ein paar Mark zu verteilen ist das, was wir uns vorgenommen haben, nämlich in den Regionen zu sehen, was vorhanden ist, was erhaltenswert ist, was

weiterentwickelt werden muß, wo wir Kräfte bündeln müssen, wo wir Ressourcen bündeln müssen. Dies allerdings, meine Herren und Damen, kann nicht von der Landesregierung verordnet werden, sondern das ist ein Prozeß, der mit den Regionen gemeinsam erarbeitet werden muß. Und ein solcher gemeinsam erarbeiteter Prozeß ist personalintensiv. Deshalb bin ich dankbar, daß mit dem Nachtrag 1995 auch Personalstellen dafür zur Verfügung gestellt worden sind. (C)

Sie sagen, Herr Kollege Blömer, Sie wüßten gar nicht, was regionale Kulturpolitik ist. Da muß ich Ihnen dasselbe sagen, was ich vorhin dem Kollegen Zellnig gesagt habe: Schauen Sie sich mal um im Lande, dann werden Sie sehen, was sich da schon alles tut. Da, wo sich noch nichts tut, müssen wir genau diesen Prozeß anregen; denn sonst haben die kulturellen Einrichtungen in den Regionen keine Überlebenschance in den nächsten zehn Jahren. Mit der Gießkanne werden wir es nicht mehr schaffen.

Ich kann auch Ihre distanzierte Haltung zur Aufgabe der regionalen Kulturpolitik nicht so ganz verstehen. Noch zum Haushalt 1995 hat der damalige Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Nagel, festgestellt: "Kultur ist Ausdruck regionaler Identität." Recht hat er! "Kunst und Kultur sind heute auch herausragende infrastrukturelle Standortfaktoren für die Wirtschaft. Dies muß in den Regionen entwickelt werden. Es bedarf innovativer Kulturprojekte, die vor allem den Zusammenhang von Natur und Kultur sehen, also Natur- und Kulturlandschaft miteinander verbinden." Genau dies wollen wir in den Regionen des Landes entwickeln. Deshalb wäre es gut, Herr Kollege Blömer, wenn Sie sich ganz intensiv in diesen Diskussionsprozeß einschalten und ihn mitgehen würden. (D)

Sie sagen, überall seien Kürzungen vorgenommen worden, damit die regionale Kulturförderung finanziert werden kann. Irgendwie habe ich den Eindruck: So richtig gerechnet haben Sie nicht.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das kann er nicht!)

Für die regionale Kulturförderung stehen insgesamt 23,3 Millionen DM zur Verfügung. Ich weiß nicht, wie diese durch Kürzungen zustande gekommen sein sollten. In der Tat: Wir haben in einigen wenigen Bereichen auch Kürzungen. Ganz generell ist erfreulicherweise im Kulturhaushalt überrollt worden. Wir haben dieselben Ansätze wie im vergangenen Jahr. Das ist auf Dauer auch nicht das, was wir brauchen; wir brauchen mehr.

(Ministerin Brusis)

- (A) Deshalb diese Mittel für die regionale Kulturförderung, damit wir jetzt in den Regionen sehen können, wo wir Schwerpunkte und Akzente setzen und was wir mit Hilfe der regionalen Kulturpolitik dort absichern können.

Nun haben wir einige Zufließvermerke im Haushalt. Ich finde das gut. Denn es gibt in der Tat Einrichtungen, die vor ganz existentiellen Problemen stehen. Wir werden im ersten Jahr mit der regionalen Kulturpolitik sicherlich nicht soweit kommen, daß wir überall in den Regionen die Konzepte haben und wissen, was wir dort im einzelnen stützen können und wie wir es stützen können. Deshalb glaube ich, daß wir es uns im Jahre 1996 auch leisten können, in dem einen oder anderen Fall diese Zufließvermerke zu realisieren, damit etwas erhalten bleibt, was wir erhalten wollen, bevor wir in der Diskussion um die regionale Kulturpolitik in den nächsten Jahren hoffentlich soweit sind, daß wir insgesamt in den Regionen ein Konzept haben, das wir realisieren können.

Meine Herren und Damen, ich glaube, daß sich der Kulturhaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen für 1996 insgesamt sehen lassen kann, daß er eine gute Grundlage ist, das zu tun, was wir uns vorgenommen haben, nämlich in den Regionen die Kulturlandschaft zu stärken, sie weiterzuentwickeln und damit auch eine gute Voraussetzung für mehr Lebensqualität der Menschen, aber auch für eine Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, wir wenden uns jetzt dem nächsten Komplex zu:

c) Sport

Ich darf zunächst Frau Dr. Schraps für die Fraktion der CDU aufrufen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Herr Präsident! Frau Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als mir in der letzten Legislaturperiode ein Kollege sagte, Sport fände in diesem Hause nur am Rande statt, habe ich ihm das nicht so geglaubt. Aber ich muß sagen: Sportpolitik ist wirk-

lich nur eine Randerscheinung. Das ist das Resümee, das ich nach zehn Monaten der 12. Legislaturperiode ziehen muß.

(C)

Frau Minister, im Gegensatz zu einigen Fraktionskollegen haben wir als Sportpolitiker der CDU in der Zusammenführung der Querschnittsaufgabe Stadtentwicklung, Kultur, Sport in einem eigenen Ministerium einen Fortschritt gesehen, eine Möglichkeit, Sportpolitik für das Jahr 2000 zu gestalten und die Stellung des Sports als Verfassungsbestandteil zu festigen. Wir wollten mithelfen, sozial- und gesellschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen.

Leider ist uns in diesem Ministerium keine neue Rose erblüht. Der Sport dümpelt genauso wie eh und je in dieser Landesregierung still vor sich hin. Die Aktivitäten, die uns aus dem Sportministerium geboten werden, sind mehr als mager. Wir haben bisher Absichtserklärungen gehört, Hinweise auf Planungen. Außer dem kommt nichts. Und das Interesse der GRÜNEN-Fraktion, Herr Mai, ist auch nicht besonders groß. Dieses Sportverständnis spiegelt sich deutlich im Koalitionspapier wider, in dem Sport nahezu nicht stattfindet, auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren, diese schlaaffe Sportpolitik wird im Haushalt 1996 ein weiteres Mal deutlich. Fontane hat einmal gesagt: Viele Wahrheiten sind trostlos, aber dennoch bleiben es Wahrheiten. Und eine dieser trostlosen Wahrheiten ist dieser Sporthaushalt. Er rührt sich nicht von der Stelle. Ihre Überzeugung, Frau Minister, daß es ein Erfolg ist, wenn alle - ich zitiere - substantiellen Positionen des Sports, d. h. die allgemeinen Zuschüsse für den Sport vor Ort erhalten geblieben sind, in Ehren, aber diese Überzeugung kann meine Fraktion nicht teilen. Denn Stagation ist bei der Entwicklung des Sports heutzutage ein Rückschritt.

(D)

Nordrhein-Westfalen verschläft auch im Sport den Wandel in Bedeutung und Wertvorstellung.

Dem Sport kommt heute aufgrund seiner sozialintegrativen Kraft, seiner Erziehungsqualität, seiner Gesundheitsförderung für den einzelnen, aber auch für die Gesellschaft eine wachsende Bedeutung zu, ebenfalls als Wirtschaftsfaktor.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit auf einige wenige Punkte eingehen! Für meine Fraktion liegt der Wert des Sports auch darin, daß er ein be-

(Dr. Schrap's [CDU])

(A) wußtes Engagement für andere Menschen bietet. Um dieses Engagement zu stärken, wird ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik die Förderung der Vereine, die Förderung des Breitensports und die Förderung des Ehrenamts in diesem Zusammenhang sein, ohne dabei den Leistungssport zu vernachlässigen.

In diesem Zusammenhang habe ich überhaupt kein Verständnis für die Ablehnung unseres Antrags, den Ansatz für die Übungsleiterzuschüsse um 2 Millionen DM zu erhöhen. Seit Jahren vernachlässigen Sie diese Position. Im Sport, in dem mit 2,5 Millionen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in 84 000 Vereinen das Ehrenamt immer besonders zu Hause war, ist inzwischen ein Abwärtstrend sehr deutlich spürbar. Dies ist doch ein Alarmsignal, auf das schnellstens reagiert werden muß, zum Beispiel mit besserer Qualifizierung, aber auch mit besserer Bezahlung der Übungsleiter.

Lassen Sie mich dazu einige Zahlen sagen! 1984, also vor 12 Jahren, hatten wir im Haushalt 18 Millionen DM Übungsleiterzuschüsse. Da kamen pro Zuschußeinheit 320 DM. 1994 waren es 18,15 Millionen DM, 72 000 Zuschußeinheiten und 248 DM pro Zuschußeinheit. 1995 waren es 307 DM, also eine leichte Steigerung, aber nur auf Druck der CDU-Fraktion, weil wir nämlich 3 Millionen DM mehr gefordert haben, die Sie dann mühevoll in den Haushalt eingebracht haben. Heute bleibt es bei steigendem Zuschußbedarf bei 23 Millionen DM. Wir werden also wieder unter 300 DM sinken. Sie werden natürlich das GFG mit den 12 Pfennig pro Einwohner auch noch bringen. Aber jeder weiß, daß ein großer Teil dieses Geldes nicht dem Sport zugute kommt.

(B) Fazit: Bei 30%igem Zuwachs der Antragsteller und einem Drittel Zuwachs bei den Übungsleitern sinkt der Einzelbetrag ständig.

Meine Damen und Herren, die Qualität der Sportvereine kann nur dann gehalten werden, wenn diese Vereine auch Unterstützung von außen erhalten. Unsere Übungsleiter sind inzwischen die schlechtestbezahlten Hüter unserer Kinder geworden.

Sie erhöhen die Übungsleiterzuschüsse nicht, obwohl Sie wissen, daß mit dem sogenannten Kassensport, wenn wir hier nicht bald eingreifen, Frau Minister, unsere Vereine kaputtgemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

(C) Hier muß doch wieder Chancengleichheit hergestellt werden. Ich bitte Sie da um Gespräche. Die Vereine müssen mit Institutionen gleichbehandelt werden. Auch mit der durch die Subventionen bevorzugten Volkshochschule muß einmal gesprochen werden, wie wir weiter verfahren wollen. Denn wenn unsere Vereine erst einmal kaputt sind, kann man sie nicht wieder zum Leben erwecken. Die Vereine können nicht in Wettbewerb treten mit den Krankenkassen und mit der VHS, die heute 40 bis 80 DM pro Stunde zahlen, während wir mit unseren Übungsleitern noch zwischen 15 und 20 DM - das ist schon hoch - herumkriechen. Wir hoffen, daß die Landesregierung hier tätig wird, bevor die ersten Sportvereine unter dem ungleichen Wettbewerbsdruck zusammenbrechen.

Einige Worte - weil die Zeit kurz ist - zum Schulsport. - Völlig vernachlässigt! Wenn Harald Schmidt davon spricht, daß unsere Kinder das Laufen verlernt und ein gestörtes Körperverhältnis haben, muß hier doch etwas geschehen. Und wenn mehr als 50 % der Erstkläßler auffallende Befunde haben wie Haltungsschäden, wenn 10 % Sportunterricht ausfällt, ein großer Teil des Unterrichts fachfremd erteilt wird, wenn im Jahr 2004 in Nordrhein-Westfalen mehr als 3 Millionen Schüler Anspruch auf Sportunterricht haben - das sind 400 000 mehr als gegenwärtig - und bis dahin mehr als 50 000 jetzt noch tätige Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden, dann frage ich Sie, Frau Minister: Wann wird über diese wachsende Misere nicht mehr ein Mantel von Absichtserklärungen gelegt? Hier ist dringender Handlungsbedarf für unsere Kinder.

Ein dritter Punkt ist der jahrelang sträflich vernachlässigte Sportstättenbau. Hier wird seit 1985 ständig eingespart. 1985 hatten wir 131 Millionen DM - ich spare es mir, die genaue Summe zu nennen -, 1995 88 Millionen DM, 1996 84,685 Millionen DM, das heißt 4 Millionen DM weniger. Das ist ein wunderbarer Maßstab für die Öffentlichkeit, an dem man den Stellenwert des Sports in dieser grün-roten Koalition messen kann.

Und sagen Sie auch nicht, die Kommunen rufen nicht ab. - Dann müssen wir uns neue Fördermaßstäbe überlegen. Denn hier ist ganz großer Bedarf. Vor Ort ist das Geld nicht mehr vorhanden, und hier wird nicht mehr gefördert.

(Friedrich Schepsmeier [SPD]: Komische Argumentation! - Weitere Zurufe von der SPD)

(Dr. Schrap's [CDU])

- (A) - Junger Mann, sprechen Sie, wenn Sie etwas von der Sache verstehen und dann, wenn Sie dran sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Friedrich Schepsmeier [SPD]: Ich bedanke mich für den "jungen Mann"!)

- Ist doch hübsch! Ich bin immer charmant, auch um diese Zeit noch. Ich freue mich ja, wenn Sie qualitätsvolle Zwischenrufe machen.

Frau Minister und die SPD-Fraktion: Sie haben unseren Antrag, aus Städtebauförderungsmitteln den Ansatz für vereinsungebundene Sportstätten von 2,5 Millionen auf 5 Millionen DM zu erhöhen, abgelehnt, und dies, obwohl Sie, wozu wir Ihnen voll zugestimmt haben, wohnortnahe und freie Bewegungsräume als einen Hauptpunkt Ihrer Arbeit darstellen. Ich darf Sie vom 4. Dezember 1995 zitieren:

"... daß wir versuchen, mehr konkrete Möglichkeiten für Bewegung und Spiel, also für den Sport, in den Stadtvierteln zu finden. Durch den Einsatz von Mitteln der Sportförderung, der Stadtentwicklung wollen wir Sportmöglichkeiten im unmittelbaren Wohnumfeld schaffen. Damit meine ich nicht nur die Ergänzung traditioneller Sportanlagen, sondern auch die Rückgewinnung von Stadträumen für die sportliche Betätigung, für Bewegung und Spiel."

(B)

Frau Minister, wir wären Ihnen da sehr gern gefolgt. Darauf zielte unser Antrag. Leider ist auch dieser abgelehnt worden. Die Erhöhung wäre gewiß ein sichtbares Zeichen gewesen, daß nicht alle Ihre Äußerungen Absichtserklärungen waren.

Meine Damen und Herren, wir würden gern mit Ihnen gemeinsam im Sport arbeiten. Aber dieser Sporthaushalt stagniert. Er bedeutet Rückschritt. Er zeigt keine Schwerpunkte. Wir sind der Auffassung, daß die Landesregierung den Verfassungsauftrag Sport nicht erfüllt. Wir werden diesen Haushalt ablehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Kraft für die Fraktion der SPD das Wort.

Dr. Hans Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Uhrzeit ist vorangeschritten; es ist 18 Uhr durch. Hunderttausende von Menschen in diesem Sportland Nordrhein-Westfalen setzen sich in Bewegung und beginnen, Sport zu treiben. Sie wollen jetzt keine langen Reden mehr hören, sondern Taten sehen.

(C)

Ich habe gedacht, Frau Dr. Schrap's, daß Sie hier in der Sache fundiert, argumentativ hochwertig das, was wir tun, auseinandernähmen. Bedauerlicherweise haben Sie vorgetragen, daß Sportpolitik aus Ihrer Sicht eine Randerscheinung der Politik dieser Landesregierung sei, daß der Sport politisch vor sich herdümpel. Diese beiden Punkte haben Sie in den Vordergrund gerückt, sie standen an exponierter Stelle Ihrer Einlassungen und scheinen für Sie sehr wichtig gewesen zu sein.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie waren auch wichtig für die Sache!)

Ich weise beide zurück und werde das gleich begründen.

Bei der Betrachtung und bei der Analyse dessen, was Sie gesagt haben, zeigt sich nämlich: Das war ein Beitrag zum Ritual der politischen Rabulistik, das Sie hier pflichtgemäß abgeliefert haben.

(Zurufe von der CDU - Dr. Annemarie Schrap's [CDU]: Wann kommen Sie denn zum Inhalt?)

(D)

Denn hier ist keine Stagnation, kein Rückschritt. Überall wird gespart, schlanker gemacht und zurückgefahren. Was zeigt sich am Sporthaushalt? - Das Gesamtvolumen des Landessportplans ist leicht gestiegen. Das ist doch ein Erfolg. Das ist ein Riesenerfolg! Ich darf mich bei den Kollegen aus der Koalition herzlich dafür bedanken, daß wir das gemeinsam geschafft haben.

(Zurufe von der CDU)

Ich darf Sie bitten, gleich den Antrag zu unterstützen - Sie haben ja wortreich vorgetragen, wie wichtig das sei, Sportstätten etc. - auf Erhöhung der VE, mehr Planungssicherheit, vermehrte Handlungsspielräume vor Ort.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Mehr Spielreife bis zu Ihrem Parteitag!)

(Dr. Kraft [SPD])

(A) Gegen alle sonstigen Ressortansätze und Haushalte ist das geschafft worden, gemeinsam, fair und harmonisch. Machen Sie da mit, dann sehen Sie sehr gut aus.

Sie haben in Ihrer Philippika auch etwas zu den Übungsleitern gesagt; dafür sei nicht genug Geld vorhanden. Sie haben diesen Sprung ein wenig schamhaft überspielt: In dem einen Jahr waren es 18,5 Millionen DM, und in einem Nebensatz kam auf einmal bei Ihnen zum Vorschein: Ein Jahr später waren es schon 23 Millionen DM. Ein Riesensprung! Und diese 23 Millionen DM in der heutigen Zeit zu halten, das ist doch eine sagenhafte Leistung. Ich weiß gar nicht, warum Sie damals nicht mitgestimmt haben. Sie stimmten dagegen, und jetzt beklagen Sie, was Sie selber damals falsch gemacht haben.

Und dann: Übungsleiter 2 Millionen DM; 12 Pfennig - spielen Sie das bitte nicht herunter - pro Kopf der Bevölkerung im GFG! Auch das wird durchgehalten.

Also, ich kann Ihnen nur empfehlen: Verhalten Sie sich so, wie die fast 5 Millionen Menschen, die in 20 000 Vereinen in diesem Sportland Nordrhein-Westfalen organisiert sind und kritisch das betrachten, was wir hier tun, nämlich unsere Sportpolitik. Es ist nicht ein Wort der Kritik an dem Haushaltsentwurf der Landesregierung auf meinen Tisch gekommen, nicht ein Telefonat angekommen nach dem Motto, das sei alles Quatsch oder hier dümple etwas oder das sei ein Randbereich der Politik.

(B)

Ich muß das also zurückweisen. Meine Begründung war klar und eindeutig. Ich darf Sie bitten, dem zuzustimmen, was wir hier eingebracht haben. Es versteht sich, daß wir die von Ihnen vortragene, von mir ad absurdum geführte Argumentation nicht unterstützen können.

Ich danke Ihnen aber für die Aufmerksamkeit, die Sie mir hier entgegengebracht haben, und darf bitten: Jetzt mehr Bewegung, Zustimmung zu unserem Antrag, damit wir hier schnell zu Ende kommen! - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Mai für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gerd Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann eigentlich nur das bestärken, was mein Kollege von der SPD gerade gesagt hat. In einer Zeit, in der die Kommunen doch als erstes im Kultur- und im Sporthaushalt zu kürzen beginnen - wegen der Politik der Bundesregierung,

(C)

(Lachen und Widerspruch bei der CDU)

die die Kosten der Arbeitslosigkeit und der Sozialhilfe auf die kommunalen Haushalte verlagert -, ist es doch so, daß die Kommunen gezwungen sind, ihre Hallenbäder, ihre Sportanlagen zu schließen oder Gebühren bezogen auf die Vereine zu erheben. Dann ist es eine Leistung, die Sie achten sollten, daß wir in diesen Zeiten der enger werdenden Finanzspielräume hier im Sporthaushalt sogar ein leichtes Wachstum zu verzeichnen haben. Wenn Sie das nicht anerkennen, nun, dann weiß ich es nicht.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer sehr kritisch auch mit den Sportverbänden und mit dem Landessportbund umgegangen sind. Wir tun das weiterhin. Auch wenn wir die Leistungen der Vereine für die Integrationskraft insbesondere in der Jugendarbeit nachdrücklich anerkennen, haben aber die Sportverbände und ihre Funktionäre natürlich - ich habe dies schon öfter hier ausgeführt - kein Monopol auf den Sport. Auch die privaten Anbieter von Spiel und Sport haben ihre Berechtigung, und ich weiß gar nicht, was man dagegen haben kann, daß die Krankenkassen im Rahmen ihrer Gesundheitsvorsorge vielfältige und auch qualifizierte Angebote für Bewegung, Spiel und Sport unterbreiten. Ich denke, daß Sportvereine und Sportverbände immer noch einen teilweise zu großen Einfluß auf die Lehrpläne im Rahmen des Sportunterrichts haben.

(D)

Wir sollten auf die vielfältigen Veränderungen im Sport schauen, die sich da auftun, und dies werden wir in den nächsten Monaten und Jahren in dieser Legislaturperiode auch tun: den Wandel der Sportmotive, den Wandel der Sportartpräferenzen, die Entwicklung im Bereich des Freizeitsports beobachten, den Bedeutungswandel des Vereinsports, die neuen Bindungsformen, die es im Sport gibt, die individuellen Formen des Sporttreibens und die allgemeine Entwicklung des Freizeitverhaltens einbeziehen, damit wir zu einer modernen Sportpolitik kommen.

(Mai [GRÜNE])

- (A) Ich glaube, der Haushalt, der hier vorgelegt worden ist, erfüllt die Bedürfnisse in den Städten und Gemeinden unseres Landes, und Sie sollten mit-tun, daß es so bleibt. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Mai. - Ich darf der Frau Ministerin Brusis das Wort erteilen. Bitte schön.

Ilse Brusis, Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Trotz der schwierigen Lage des Landeshaushalts ist es gelungen, alle substantiellen Positionen des Sports, und damit meine ich vor allem die allgemeinen Zuschüsse für den Sport vor Ort, zu erhalten. Dies ist ein großer Erfolg für den Sport in einer Zeit, in der überall Haushaltskürzungen diskutiert werden.

Wir mußten beim Sportstättenbau der Vereine die investiven Mittel von 10 Millionen DM auf 7 Millionen DM reduzieren. Aber ich denke, bei der insgesamt guten Sportstätteninfrastruktur ist dies vertretbar, zumal die Investitionsförderung für Sportstätten der Gemeinden im Steuerverbund mit 33 Millionen DM in voller Höhe erhalten bleibt und wenn die Verpflichtungsermächtigungen auf das Niveau des Vorjahres erhöht werden sollten, der Landtag also dem Antrag der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgt.

- (B) Die für die Sportförderung vorgesehenen Mittel will ich 1996 zum einen dafür nutzen, die bewährte Sportförderung des Landes fortzusetzen. Dabei geht es mir insbesondere um eine weitere Unterstützung der Vereine und Verbände im Sport. Aber wenn ich von Unterstützung spreche, dann meine ich nicht unbedingt in erster Linie die finanzielle Unterstützung der einzelnen dort ehrenamtlich Tätigen, meine Herren und Damen. Das will ich ganz deutlich sagen.

Ich bin sehr dankbar, daß es im Sport und auch im Kulturbereich eine große Zahl von Männern und Frauen gibt, die ihre Kraft, ihre Arbeitszeit, ihre Kompetenz, ihre Erfahrungen tagtäglich für die Arbeit in Vereinen und Verbänden in diesen Bereichen zur Verfügung stellen. Aber ich glaube nicht, daß wir dies in irgendeiner Weise besolden können. Ich bin sehr froh, daß wir insgesamt 25 Millionen DM den Sportvereinen für die Übungsleiter zur Verfügung stellen; aber das wird

ja in der Regel gar nicht als Bezahlung für die Übungsleiter gesehen, sondern davon werden Reisen mit jungen Menschen, mit Kindern zu Sportereignissen finanziert, davon werden Trikots gekauft. Ich halte es auch für wichtig, daß die Vereine dafür finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Bezahlen können wir dieses ehrenamtliche Engagement sowieso nicht. Es ist unbezahlbar, und wir sollten dankbar dafür sein, daß es besteht.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Aber was wir tun müssen, das ist, den Vereinen und Verbänden zu helfen, daß sie ihre Aufgaben bewältigen können; denn die sind auch dort von Jahr zu Jahr schwieriger geworden. Genau das tun wir, Frau Kollegin Schraps, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Landessportbund, der sehr dankbar für die Hilfen ist, die wir geben können.

Wir haben erst kürzlich den Sportverbänden und Sportvereinen die Möglichkeit gegeben, in der Sportschule Wedau ein Qualifizierungszentrum für den Einsatz moderner Technologie zu schaffen. Das ist wichtig, weil Vereinsarbeit auch mit viel administrativer Tätigkeit verbunden ist. Wenn wir den Menschen helfen wollen, diese ehrenamtlichen Aufgaben zu erledigen, dann sollten wir ihnen auch im administrativen Bereich die entsprechenden Hilfen geben.

(D)

Wir haben Beratungssysteme für die Sportvereine aufgebaut. Es sollen Konzepte zur Gewinnung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gemeinsam mit dem Landessportbund erarbeitet werden. Ich glaube, das ist das, was wir über das hinaus, was bisher an finanziellen Hilfen für die Übungsleitertätigkeit vorgesehen ist, tun können.

Ich muß auch sagen: Irgendwie verstehe ich Ihre Philosophie nicht so ganz. Auf der einen Seite wird immer wieder Haushaltskonsolidierung angemahnt, werden Einsparungen angemahnt; auf der anderen Seite wollen Sie Politik immer nur dadurch betreiben, daß Sie überall die Mittel aufstocken.

(Peter Budschun [SPD]: Wie in den Rathäusern!)

Diese Philosophie müßten wir uns meines Erachtens endlich einmal abgewöhnen. Die Zeiten sind vorbei, in denen wir Politik durch immer mehr finanzielle Mittel betreiben konnten.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Brusi)

(A) Was wir zur Zeit brauchen, ist mehr Phantasie, die Aufgaben zu bewältigen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sagen Sie das einmal Ihren Genossen in Bonn!)

- Das brauche ich meinen Genossen in Bonn nicht zu sagen; das wissen die auch, Herr Linssen! Aber ich denke, wir sollten vor allen Dingen hier im Lande unsere Schulaufgaben machen.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der CDU)

In Zusammenarbeit mit den Verbänden und Vereinen bemühen wir uns um Lösungsmöglichkeiten auch jenseits der Aufstockung der finanziellen Hilfen, weil vieles eben auch durch gute Ideen, durch gute Zusammenarbeit bewältigt werden kann und nicht der zusätzlichen finanziellen Mittel bedarf.

Frau Kollegin Schraps, Sie haben den Antrag der CDU-Fraktion begründet, Mittel aus der Städtebauförderung für den Bau von Sportstätten umzuschichten. Dies verstehe ich nicht; denn wir setzen auch heute schon Städtebaufördermittel ein, um Sportstätten auszubauen und zu finanzieren. Ich denke zum Beispiel an das sehr schöne Projekt auf dem Gelände der Zeche Elbe in Essen, wo ein Gebäude mit Hilfe von Städtebaufördermitteln zu einem Sportzentrum umgebaut wird.

(B) Es kommt darauf an, daß wir das, was wir an Mitteln haben, intelligent zusammenführen, um die Effizienz beim Einsatz der Mittel zu erhöhen, und das können wir in guter Kombination von Sportfördermitteln und Städtebaufördermitteln tun.

Aber auch was die Sportstätten, was die Bewegungsmöglichkeiten für Kinder, für jung und alt in der Nähe ihrer Wohnung, in den Stadtteilen anbetrifft, reicht es nicht aus, immer nur zu sagen: Es muß mehr Geld her! Statt dessen muß zum Teil ganz einfach mehr Phantasie her; es muß mehr städtebauliche und architektonische Kompetenz her, um solche Möglichkeiten zu schaffen. Das muß nicht immer sehr viel Geld kosten, wie die Beispiele zeigen.

Dies gemeinsam mit Stadtplanern, gemeinsam mit Architekten und gemeinsam mit denen, die etwas vom Sport verstehen, anzugehen, das ist die Aufgabe in der Kombination zwischen Stadtentwicklung und Sport. Ich glaube, daß wir damit in den nächsten Jahren auch noch gute Ergebnisse erzielen werden.

Ich sage abschließend: Wir können meines Erachtens stolz sein, daß wir es geschafft haben, alle substantiellen Positionen des Sports im Landeshaushalt zu erhalten. Wir müssen darüber hinaus an die zukünftigen Aufgaben mit sehr viel Kreativität und Phantasie und in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden und Vereinen herangehen. (C)

Lassen Sie mich noch eines zu den Verbänden und Vereinen sagen, was mir wichtig ist. Frau Kollegin Schraps, Sie haben den Vergleich zur Volkshochschule, den Vergleich zu den Krankenkassen gezogen. Es ist richtig, daß es hier Konkurrenzen gibt, aber in dieser Konkurrenz sollten sich die Vereine auf das besinnen und konzentrieren, was sie an zusätzlicher Qualität zu den kommerziellen Angeboten, den Angeboten der Krankenkassen und der Volkshochschulen zu geben haben.

Sie haben etwas zu geben, nämlich das Zusammenleben im Verein, das ehrenamtliche Engagement. Wenn sie dies in den Vordergrund stellen, dann sind sie der Konkurrenzsituation mit Volkshochschulen, Krankenkassen und kommerziellen Anbietern gewachsen. Wir brauchen sie alle, wir brauchen das Konzert aller Anbieter im Bereich des Sports. Aber die Vereine können durch das große ehrenamtliche Engagement und das Miteinander im Verein noch eine besondere Qualität hinzufügen. (D)

Nicht von ungefähr sind im vergangenen Jahr an jedem Tag etwa zwei neue Sportvereine entstanden. Die Menschen wissen, was sie im Verein finden und was sie dort gemeinsam leisten können. Das sollten wir unterstützen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Frau Ministerin Brusi. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu den Komplexen des Einzelplans 15 liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 15** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/815**. Wer ist für die **Beschlußempfehlung**? Ich bitte um das Handzeichen. - **Faktionen der SPD und der GRÜNEN**. Wer ist dagegen? - **CDU-Fraktion**. Wer enthält sich der Stimme? - **Keine Stimmenthaltungen**. Damit ist der Einzelplan 15 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Fraktion der CDU in **zweiter Lesung beschlossen**.